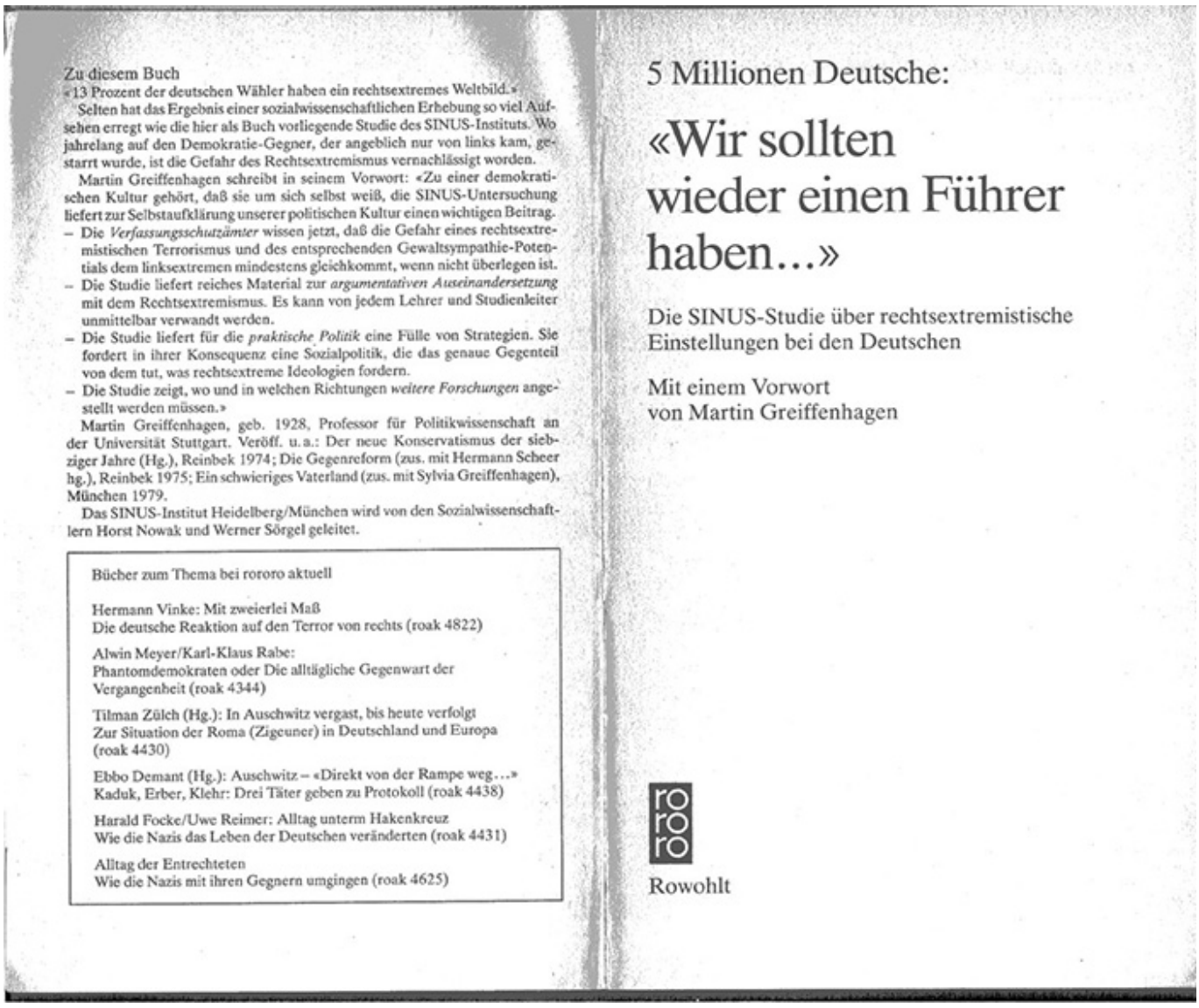
Das war das Ergebnis der sogenannten SINUS-Studie von 1980. Der NachDenkSeiten-Leser Claus Hübner hat uns auf diese alte, interessante Studie aufmerksam gemacht. Ich selbst war nicht auf die Idee gekommen, dieses Dokument in unserer Serie vorzustellen, obwohl ich damals als Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes für den Auftrag an das SINUS-Institut Heidelberg/München verantwortlich war.
Wir wollen Sie heute nicht nur auf die Studie hinweisen. Wir geben Ihnen auch einen größeren Teil zur Kenntnis. Auch dafür, für das Scannen dieser Seiten, geht der Dank an Claus Hübner. Albrecht Müller.


5 Millionen Deutsche:
«Wir sollten wieder einen Führer haben...»
Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen
aktuell
rororo

Dokumentation wesentlicher Texte aus der SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen von 1980, veröffentlicht als rororo-aktuell in 1981:



Zu diesem Buch

«13 Prozent der deutschen Wähler haben ein rechtsextremes Weltbild.»

Selten hat das Ergebnis einer sozialwissenschaftlichen Erhebung so viel Aufsehen erregt wie die hier als Buch vorliegende Studie des SINUS-Instituts. Wo jahrelang auf den Demokratie-Gegner, der angeblich nur von links kam, gestarrt wurde, ist die Gefahr des Rechtsextremismus vernachlässigt worden.

Martin Greiffenhagen schreibt in seinem Vorwort: «Zu einer demokratischen Kultur gehört, daß sie um sich selbst weiß, die SINUS-Untersuchung liefert zur Selbstaufklärung unserer politischen Kultur einen wichtigen Beitrag.

- Die *Verfassungsschutzämter* wissen jetzt, daß die Gefahr eines rechtsextremistischen Terrorismus und des entsprechenden Gewaltsympathie-Potentials dem linksextremen mindestens gleichkommt, wenn nicht überlegen ist.
- Die Studie liefert reiches Material zur *argumentativen Auseinandersetzung* mit dem Rechtsextremismus. Es kann von jedem Lehrer und Studienleiter unmittelbar verwandt werden.
- Die Studie liefert für die *praktische Politik* eine Fülle von Strategien. Sie fordert in ihrer Konsequenz eine Sozialpolitik, die das genaue Gegenteil von dem tut, was rechtsextreme Ideologien fordern.
- Die Studie zeigt, wo und in welchen Richtungen *weitere Forschungen* angestellt werden müssen.»

Martin Greiffenhagen, geb. 1928, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Veröff. u. a.: Der neue Konservatismus der siebziger Jahre (Hg.), Reinbek 1974; Die Gegenreform (zus. mit Hermann Scheer hg.), Reinbek 1975; Ein schwieriges Vaterland (zus. mit Sylvia Greiffenhagen), München 1979.

Das SINUS-Institut Heidelberg/München wird von den Sozialwissenschaftlern Horst Nowak und Werner Sörgel geleitet.

Bücher zum Thema bei rororo aktuell

Hermann Vinke: Mit zweierlei Maß
Die deutsche Reaktion auf den Terror von rechts (roak 4822)

Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe:
Phantomdemokraten oder Die alltägliche Gegenwart der Vergangenheit (roak 4344)

Tilman Zülch (Hg.): In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt
Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa (roak 4430)

Ebbo Demant (Hg.): Auschwitz – «Direkt von der Rampe weg…»
Kaduk, Erber, Klehr: Drei Täter geben zu Protokoll (roak 4438)

Harald Focke/Uwe Reimer: Alltag unterm Hakenkreuz
Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten (roak 4431)

Alltag der Entrechteten
Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen (roak 4625)

5 Millionen Deutsche:

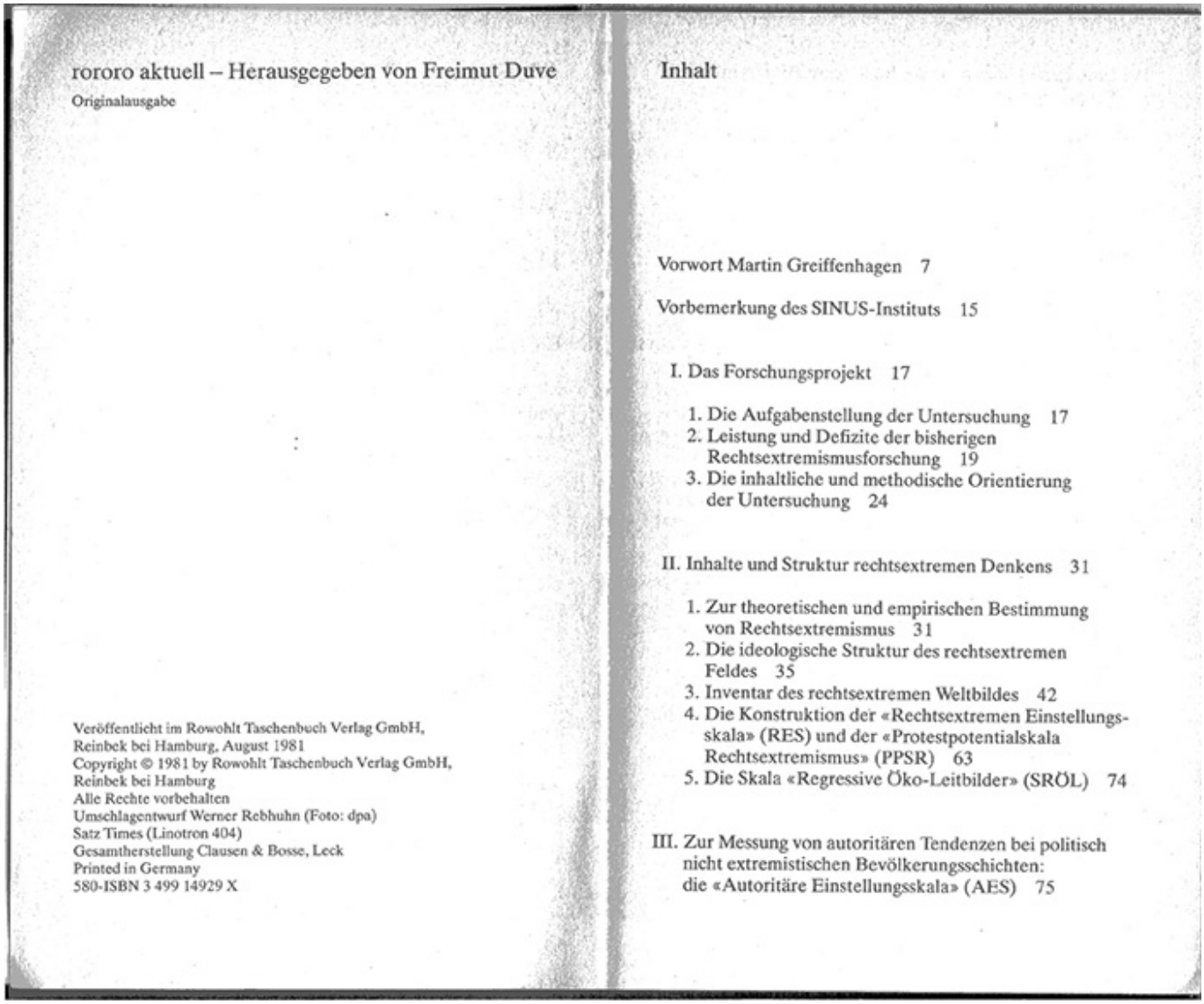
«Wir sollten wieder einen Führer haben…»

Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen

Mit einem Vorwort
von Martin Greiffenhagen

ro ro ro

Rowohlt



rororo aktuell – Herausgegeben von Freimut Duve
Originalausgabe

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg, August 1981
Copyright © 1981 by Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagentwurf Werner Rebhuhn (Foto: dpa)
Satz Times (Linotron 404)
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
580-ISBN 3 499 14929 X

Inhalt

Vorwort Martin Greiffenhagen 7

Vorbemerkung des SINUS-Instituts 15

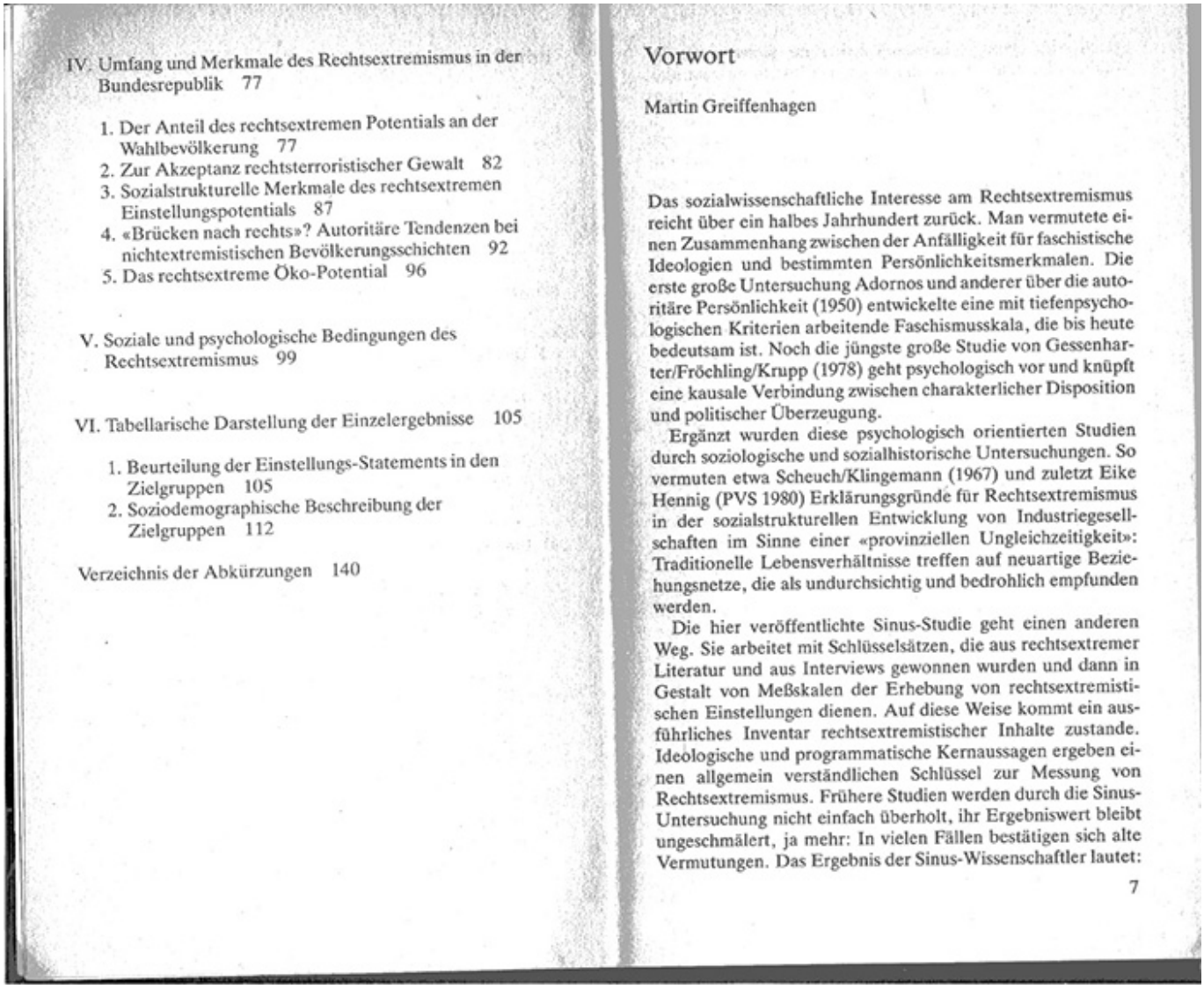
I. Das Forschungsprojekt 17

1. Die Aufgabenstellung der Untersuchung 17
2. Leistung und Defizite der bisherigen Rechtsextremismusforschung 19
3. Die inhaltliche und methodische Orientierung der Untersuchung 24

II. Inhalte und Struktur rechtsextremen Denkens 31

1. Zur theoretischen und empirischen Bestimmung von Rechtsextremismus 31
2. Die ideologische Struktur des rechtsextremen Feldes 35
3. Inventar des rechtsextremen Weltbildes 42
4. Die Konstruktion der «Rechtsextremen Einstellungsskala» (RES) und der «Protestpotentialskala Rechtsextremismus» (PPSR) 63
5. Die Skala «Regressive Öko-Leitbilder» (SRÖL) 74

III. Zur Messung von autoritären Tendenzen bei politisch nicht extremistischen Bevölkerungsschichten: die «Autoritäre Einstellungsskala» (AES) 75



IV. Umfang und Merkmale des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 77

1. Der Anteil des rechtsextremen Potentials an der Wahlbevölkerung 77
2. Zur Akzeptanz rechtsterroristischer Gewalt 82
3. Sozialstrukturelle Merkmale des rechtsextremen Einstellungspotentials 87
4. «Brücken nach rechts»? Autoritäre Tendenzen bei nichtextremistischen Bevölkerungsschichten 92
5. Das rechtsextreme Öko-Potential 96

V. Soziale und psychologische Bedingungen des Rechtsextremismus 99

VI. Tabellarische Darstellung der Einzelergebnisse 105

1. Beurteilung der Einstellungs-Statements in den Zielgruppen 105
2. Soziodemographische Beschreibung der Zielgruppen 112

Verzeichnis der Abkürzungen 140

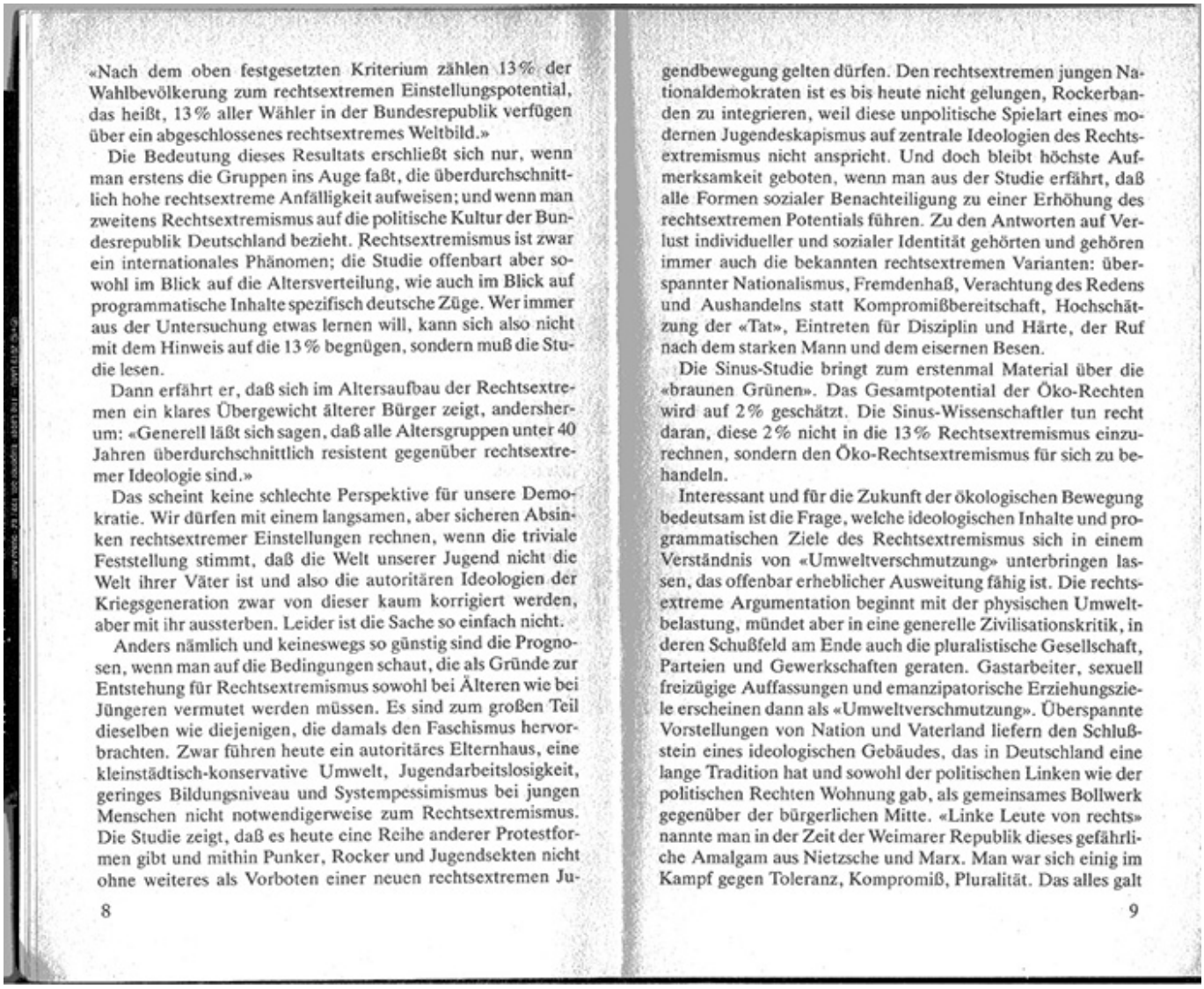
Vorwort

Martin Greiffenhagen

Das sozialwissenschaftliche Interesse am Rechtsextremismus reicht über ein halbes Jahrhundert zurück. Man vermutete einen Zusammenhang zwischen der Anfälligkeit für faschistische Ideologien und bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen. Die erste große Untersuchung Adornos und anderer über die autoritäre Persönlichkeit (1950) entwickelte eine mit tiefenpsychologischen Kriterien arbeitende Faschismusskala, die bis heute bedeutsam ist. Noch die jüngste große Studie von Gessenharter/Fröchling/Krupp (1978) geht psychologisch vor und knüpft eine kausale Verbindung zwischen charakterlicher Disposition und politischer Überzeugung.

Ergänzt wurden diese psychologisch orientierten Studien durch soziologische und sozialhistorische Untersuchungen. So vermuten etwa Scheuch/Klingemann (1967) und zuletzt Eike Hennig (PVS 1980) Erklärungsgründe für Rechtsextremismus in der sozialstrukturellen Entwicklung von Industriegesellschaften im Sinne einer «provinziellen Ungleichzeitigkeit»: Traditionelle Lebensverhältnisse treffen auf neuartige Beziehungsnetze, die als undurchsichtig und bedrohlich empfunden werden.

Die hier veröffentlichte Sinus-Studie geht einen anderen Weg. Sie arbeitet mit Schlüsselsätzen, die aus rechtsextremer Literatur und aus Interviews gewonnen wurden und dann in Gestalt von Meßskalen der Erhebung von rechtsextremistischen Einstellungen dienen. Auf diese Weise kommt ein ausführliches Inventar rechtsextremistischer Inhalte zustande. Ideologische und programmatische Kernaussagen ergeben einen allgemein verständlichen Schlüssel zur Messung von Rechtsextremismus. Frühere Studien werden durch die Sinus-Untersuchung nicht einfach überholt, ihr Ergebniswert bleibt ungeschmälert, ja mehr: In vielen Fällen bestätigen sich alte Vermutungen. Das Ergebnis der Sinus-Wissenschaftler lautet:



«Nach dem oben festgesetzten Kriterium zählen 13% der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential, das heißt, 13% aller Wähler in der Bundesrepublik verfügen über ein abgeschlossenes rechtsextremes Weltbild.»

Die Bedeutung dieses Resultats erschließt sich nur, wenn man erstens die Gruppen ins Auge faßt, die überdurchschnittlich hohe rechtsextreme Anfälligkeit aufweisen; und wenn man zweitens Rechtsextremismus auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland bezieht. Rechtsextremismus ist zwar ein internationales Phänomen; die Studie offenbart aber sowohl im Blick auf die Altersverteilung, wie auch im Blick auf programmatische Inhalte spezifisch deutsche Züge. Wer immer aus der Untersuchung etwas lernen will, kann sich also nicht mit dem Hinweis auf die 13% begnügen, sondern muß die Studie lesen.

Dann erfährt er, daß sich im Altersaufbau der Rechtsextremen ein klares Übergewicht älterer Bürger zeigt, andersherum: «Generell läßt sich sagen, daß alle Altersgruppen unter 40 Jahren überdurchschnittlich resistent gegenüber rechtsextremer Ideologie sind.»

Das scheint keine schlechte Perspektive für unsere Demokratie. Wir dürfen mit einem langsamen, aber sicheren Absinken rechtsextremer Einstellungen rechnen, wenn die triviale Feststellung stimmt, daß die Welt unserer Jugend nicht die Welt ihrer Väter ist und also die autoritären Ideologien der Kriegsgeneration zwar von dieser kaum korrigiert werden, aber mit ihr aussterben. Leider ist die Sache so einfach nicht.

Anders nämlich und keineswegs so günstig sind die Prognosen, wenn man auf die Bedingungen schaut, die als Gründe zur Entstehung für Rechtsextremismus sowohl bei Älteren wie bei Jüngeren vermutet werden müssen. Es sind zum großen Teil dieselben wie diejenigen, die damals den Faschismus hervorbrachten. Zwar führen heute ein autoritäres Elternhaus, eine kleinstädtisch-konservative Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit, geringes Bildungsniveau und Systempessimismus bei jungen Menschen nicht notwendigerweise zum Rechtsextremismus. Die Studie zeigt, daß es heute eine Reihe anderer Protestformen gibt und mithin Punker, Rocker und Jugendsekten nicht ohne weiteres als Vorboten einer neuen rechtsextremen Jugendbewegung gelten dürfen. Den rechtsextremen jungen Nationaldemokraten ist es bis heute nicht gelungen, Rockerbanden zu integrieren, weil diese unpolitische Spielart eines modernen Jugendeskapismus auf zentrale Ideologien des Rechtsextremismus nicht anspricht. Und doch bleibt höchste Aufmerksamkeit geboten, wenn man aus der Studie erfährt, daß alle Formen sozialer Benachteiligung zu einer Erhöhung des rechtsextremen Potentials führen. Zu den Antworten auf Verlust individueller und sozialer Identität gehörten und gehören immer auch die bekannten rechtsextremen Varianten: überspannter Nationalismus, Fremdenhaß, Verachtung des Redens und Aushandelns statt Kompromißbereitschaft, Hochschätzung der «Tat», Eintreten für Disziplin und Härte, der Ruf nach dem starken Mann und dem eisernen Besen.

Die Sinus-Studie bringt zum erstenmal Material über die «braunen Grünen». Das Gesamtpotential der Öko-Rechten wird auf 2% geschätzt. Die Sinus-Wissenschaftler tun recht daran, diese 2% nicht in die 13% Rechtsextremismus einzurechnen, sondern den Öko-Rechtsextremismus für sich zu behandeln.

Interessant und für die Zukunft der ökologischen Bewegung bedeutsam ist die Frage, welche ideologischen Inhalte und programmatischen Ziele des Rechtsextremismus sich in einem Verständnis von «Umweltverschmutzung» unterbringen lassen, das offenbar erheblicher Ausweitung fähig ist. Die rechtsextreme Argumentation beginnt mit der physischen Umweltbelastung, mündet aber in eine generelle Zivilisationskritik, in deren Schußfeld am Ende auch die pluralistische Gesellschaft, Parteien und Gewerkschaften geraten. Gastarbeiter, sexuell freizügige Auffassungen und emanzipatorische Erziehungsziele erscheinen dann als «Umweltverschmutzung». Überspannte Vorstellungen von Nation und Vaterland liefern den Schlußstein eines ideologischen Gebäudes, das in Deutschland eine lange Tradition hat und sowohl der politischen Linken wie der politischen Rechten Wohnung gab, als gemeinsames Bollwerk gegenüber der bürgerlichen Mitte. «Linke Leute von rechts» nannte man in der Zeit der Weimarer Republik dieses gefährliche Amalgam aus Nietzsche und Marx. Man war sich einig im Kampf gegen Toleranz, Kompromiß, Pluralität. Das alles galt

8

9

für westlich, dekadent, undeutsch. Demgegenüber behauptete man spezifisch deutsche Eigenschaften, die auch in der Sinus-Studie eine Rolle spielen.

Diese neu-alte Allianz zwischen Links- und Rechtsextremismus zeigt Symptome auch auf einem Feld, das in Deutschland besonders behutsamen Umgangs bedarf, der Frage der nationalen Identität und der Wiedervereinigung. Was hier zwischen links und rechts an Argumenten miteinander und durcheinandergeht, bedarf sorgfältiger Beobachtung. Ich habe den Eindruck, daß hier gegenwärtig eine ernsthafte Bedrohung des europäischen Friedens entsteht, aus Quellen, für welche die Sinus-Studie Hinweise enthält.

Viel Diskussion wird der Abschnitt auslösen, der in der Studie unter dem Titel «Brücke nach rechts» abgehandelt wird: autoritäre Tendenzen bei nichtrechtsextremen Bevölkerungsgruppen. Nicht Hitler erhebt hier sein Haupt, nicht Militarismus, nicht Antisemitismus wird hier gepredigt, der parlamentarischen Demokratie nicht der Prozeß gemacht. Es sind teilweise politikgeschichtlich sehr viel ältere autoritäre Einstellungsmuster, die zählen, zum Beispiel die Meinung, es gebe typisch deutsche Eigenschaften wie Treue, Fleiß und Pflichtbewußtsein, an denen andere Nationen keinen Anteil hätten, auf die es aber ankomme, um ein Abgleiten unserer Gesellschaft in Konsumsucht, moralischen Verfall und wohlfahrtsstaatliche Bequemlichkeit zu verhindern.

Die Sinus-Forscher waren sich der Gratwanderung bewußt, auf die sie sich mit dieser Aufstellung einer vom Rechtsextremismus nicht unabhängigen Einstellungsskala einließen. Wie weit zum Beispiel antiindustriegesellschaftliche Kultur- und Zivilisationskritik zu einem «normalen» konservativen Denken zu zählen ist oder bereits eine gefährliche Affinität zum Rechtsextremismus verrät, darüber wird es Streit geben. Das Preußen-Jahr mag ein guter Anlaß sein, sich über den Sinn sekundärer Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Strebsamkeit, Ordnung, Pflichtbewußtsein unter Konservativen neu zu verständigen. Weitere Untersuchungen werden die Grenze zwischen Konservatismus und den mancherlei Vorfeldern des Rechtsextremismus in ihrem Verlauf genauer festlegen und auf diese Weise den Respekt vor konservativen Werten sichern, die in unserer

Kultur zum politischen Spektrum und also auch zum Kampf um seine Balancierung selbstverständlich dazugehören.

Die vorliegende Studie gibt gute Ansatzpunkte zur konkreten Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie zur Abwendung seiner drohenden Ausbreitung. Mir sind vor allem folgende wichtig:

1. Die *Verfassungsschutzämter* wissen jetzt, daß die Gefahr eines rechtsextremistischen Terrorismus und eines entsprechenden Gewalt-Sympathiepotentials dem linksextremen mindestens gleichkommt, wenn nicht überlegen ist. Diese Einschätzung ist neu und unterscheidet sich deutlich von dem bisherigen Urteil, der bei uns zu vermutende Rechtsextremismus halte sich in durchaus tolerablen Grenzen. Wenn 6 % der Wahlbevölkerung rechtsextremistische Gewalttaten im Grunde begrüßen, so muß dieses Protestpotential in der Bundesrepublik deutlich nach oben korrigiert werden. Nimmt man hinzu, daß unsere politische Kultur stärker als etwa die britische der Gewalt an sich positive Züge zuzusprechen geneigt ist, dann scheint eine Ideologie, die Krieg und Gewalt zu den politischen Grundkräften zählt, bei uns in hohem Maße bedrohlich. Der Hinweis darauf, daß auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich oder den USA, sich gegenwärtig starke rechtsextremistische Bewegungen zeigen, kann dagegen wenig besagen, im Gegenteil: Nur in Deutschland hat es den Rechtsextremismus als ausgebildetes politisches Regime gegeben, nur hier wurde ernst gemacht mit Ideen, wie sie die Nouvelle Droite heute verkündet: unter Berufung auf *deutsche* Philosophen und *deutsche* politische Praktiken! Der amerikanische Rechtsextremismus benutzt Symbole des *deutschen* Nationalsozialismus und personifiziert seine politischen Ziele durch *Hitler*: weil sich in der amerikanischen Geschichte nichts Vergleichbares findet! Womit in anderen Ländern gedanklich gespielt wird: bei uns war es blutige politische Praxis.

2. Die Untersuchung liefert reiches Material zur *argumentativen Auseinandersetzung* mit dem Rechtsextremismus. Nicht tiefenpsychologische Verletzungen, nicht schwierig zu fassende Projektionen, nicht «Syndrome» sind es, die man hier studieren und theoretisch diskutieren muß, sondern verständliche Aussagen, sprachlich einfach gefaßte Sätze müssen auf ihren Wahr-

heitsgehalt geprüft und besprochen werden. Was die Sinus-Untersuchung an Material bietet, liefert der politischen Bildung für Jahre Stoff. Dieses Material kann von jedem Lehrer, jedem Studienleiter unmittelbar verwandt werden, ohne daß gründliche psychologische, tiefenpsychologische, soziologische oder sozialhistorische Kenntnisse erforderlich wären.

3. Für die *praktische Politik* legt die Studie unausdrücklich eine Fülle von Strategien nahe, die man zwingend nennen muß, wenn man die hohen Konvergenzen von Rechtsextremismus und niedrigem Bildungsgrad, Arbeitslosigkeit und anderen Formen sozialen Leids zur Kenntnis nimmt. Auf eine kurze Formel gebracht fordert die Studie in ihrer Konsequenz eine Sozialpolitik, die das genaue Gegenteil von dem tut, was rechtsextreme Ideologien fordern: nicht sozialdarwinistischen Kampf, nicht das Recht des Stärkeren, nicht das Prinzip von Befehl und Gehorsam als durchgängige Maxime des sozialen Lebens, nicht Härte im Umgang mit der Jugend, nicht Dominanz des Mannes in allen Lebensbereichen etc. etc. etc. Die Sozialmaximen des Rechtsextremismus sind, wie die Studie immer wieder beweist, im Gegenteil die Ursachen seiner Entstehung.

4. Die Untersuchung macht deutlich, auf welchen Feldern und in welche Richtungen *weitere Forschungen* angestellt werden müssen:

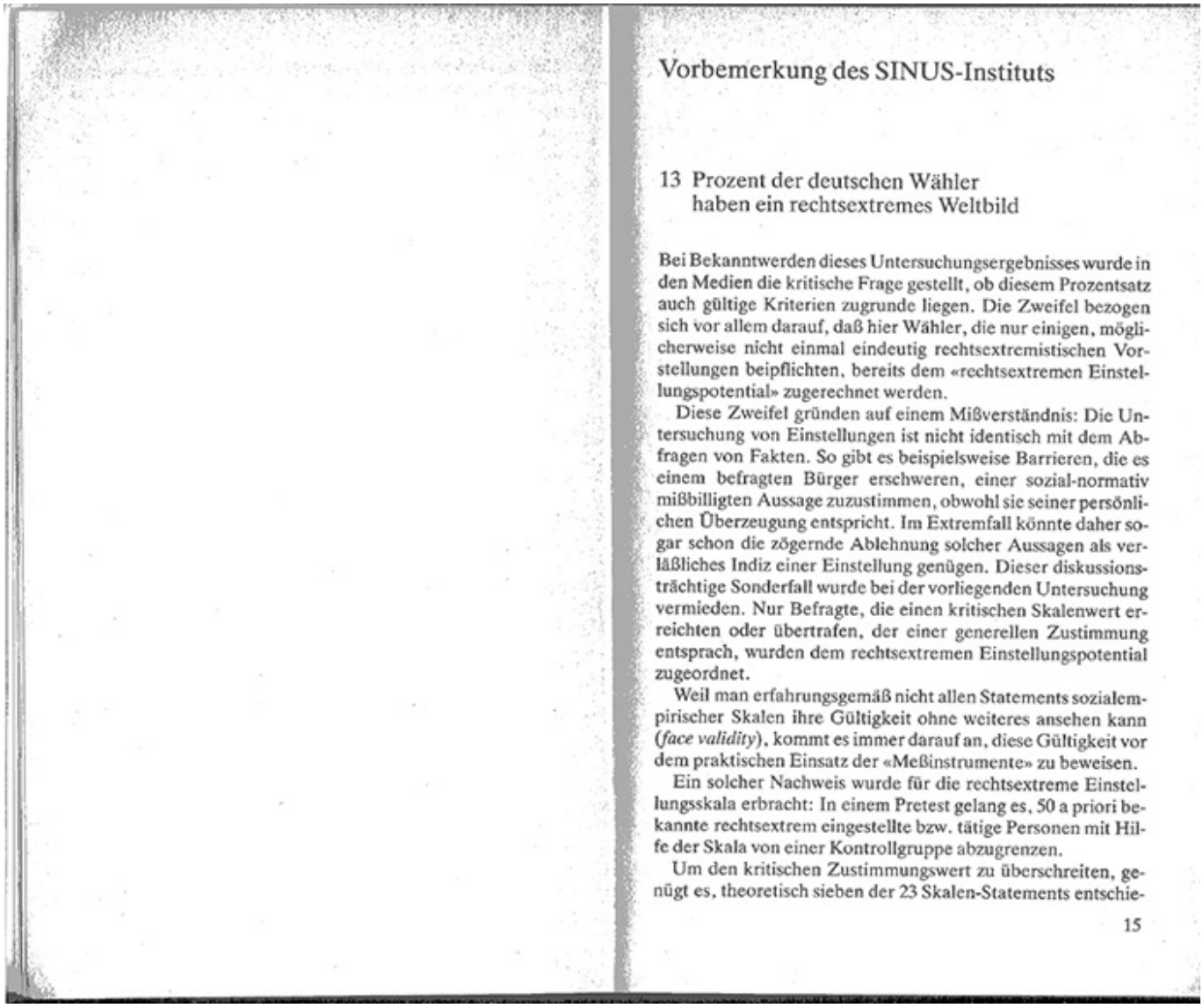
a) Die *ökologischen Bewegungen* bedürfen kontinuierlicher sozialwissenschaftlicher Beobachtung.

b) Studien über politische Einstellungen und Einstellungsveränderungen der *Jugend* werden für die nächsten Jahrzehnte zum unverzichtbaren Bestand unserer politischen Selbstverständigung gehören.

c) Das, was in der Sinus-Studie als «Brücke nach rechts» beschrieben wird, verlangt nach weiterer wissenschaftlicher Vertiefung und Erweiterung. Diese Untersuchungen werden vermutlich nie politisch keimfrei anzustellen sein: Die Sozialwissenschaftler eines Landes gehören zu ihrer politischen Kultur hinzu, ein gewisser erkenntnistheoretischer Zirkelschluß ist deshalb nicht zu vermeiden. Trotzdem wird man sich über eine Skala rechtsextremistischer Einstellungen eher verständigen als über diesen Versuch einer «Brückenttheorie». Er bleibt

aber unverzichtbar, weil politischer Rechtsextremismus stets innerhalb einer *bestimmten politischen Kultur* auftritt und also an bestimmte Traditionen und Einstellungspotentiale angebunden bleibt. Aber große Sorgfalt bleibt geboten, damit nicht das gesamte rechte politische Spektrum in den Verdacht des Rechtsextremismus gerät, wie es in der heißen Phase des westdeutschen Terrorismus mit dem linken geschah.

Zu einer demokratischen Kultur gehört, daß sie um sich selbst weiß. Die Sinus-Untersuchung liefert zur Selbstaufklärung unserer politischen Kultur einen wichtigen Beitrag. Ihre gute Lesbarkeit sollte anderen Studien Vorbild sein. Ich wünsche der Studie große Verbreitung und hoffe, daß die methodische wie die politische Diskussion, die sie auslösen wird, dem Rang entspricht, den sie selber setzt.



Vorbemerkung des SINUS-Instituts

13 Prozent der deutschen Wähler haben ein rechtsextremes Weltbild

Bei Bekanntwerden dieses Untersuchungsergebnisses wurde in den Medien die kritische Frage gestellt, ob diesem Prozentsatz auch gültige Kriterien zugrunde liegen. Die Zweifel bezogen sich vor allem darauf, daß hier Wähler, die nur einigen, möglicherweise nicht einmal eindeutig rechtsextremistischen Vorstellungen beipflichten, bereits dem «rechtsextremen Einstellungspotential» zugerechnet werden.

Diese Zweifel gründen auf einem Mißverständnis: Die Untersuchung von Einstellungen ist nicht identisch mit dem Abfragen von Fakten. So gibt es beispielsweise Barrieren, die es einem befragten Bürger erschweren, einer sozial-normativ mißbilligten Aussage zuzustimmen, obwohl sie seiner persönlichen Überzeugung entspricht. Im Extremfall könnte daher sogar schon die zögernde Ablehnung solcher Aussagen als verläßliches Indiz einer Einstellung genügen. Dieser diskussionsträchtige Sonderfall wurde bei der vorliegenden Untersuchung vermieden. Nur Befragte, die einen kritischen Skalenwert erreichten oder übertrafen, der einer generellen Zustimmung entsprach, wurden dem rechtsextremen Einstellungspotential zugeordnet.

Weil man erfahrungsgemäß nicht allen Statements sozialempirischer Skalen ihre Gültigkeit ohne weiteres ansehen kann (*face validity*), kommt es immer darauf an, diese Gültigkeit vor dem praktischen Einsatz der «Meßinstrumente» zu beweisen.

Ein solcher Nachweis wurde für die rechtsextreme Einstellungsskala erbracht: In einem Pretest gelang es, 50 a priori bekannte rechtsextrem eingestellte bzw. tätige Personen mit Hilfe der Skala von einer Kontrollgruppe abzugrenzen.

Um den kritischen Zustimmungswert zu überschreiten, genügt es, theoretisch sieben der 23 Skalen-Statements entschie-

15

den zu bejahen (bzw. Kontroll-Statements zu verneinen), wenn die übrigen 16 bedingt («eher») abgelehnt werden. Dieser kritische Grenzwert wurde vom rechtsextremistischen Einstellungspotential sehr deutlich überschritten: Im Durchschnitt bejahten die dem Potential zugeordneten Personen nämlich 16 der 23 Statements. Die Möglichkeit, daß eine nennenswerte Zahl von Personen durch zufällige oder irrtümliche Bejahung einzelner Statements dem Potential zugeordnet wurde, ist also sehr gering. Die im Pretest nachgewiesene Trennschärfe der Skala hat dies auch bestätigt.

I. Das Forschungsprojekt

1. Die Aufgabenstellung der Untersuchung

Der hier vorgelegte Bericht schließt ein breitangelegtes Forschungsprojekt über rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland ab, das Sinus im Auftrag der Abteilung V des Bundeskanzleramtes in der Zeit von Mai 1979 bis April 1980 durchführte.

Ausgangspunkt für das Projekt waren Veränderungen im rechtsextremen Lager sowie in Teilen der Jugend, die in der letzten Zeit mit Besorgnis registriert wurden:

- Zunehmende rechtsextremistische Kriminalität und Terrorismus;
- steigende Auflagen offen nationalsozialistischer Propagandaliteratur;
- «Hitler-Welle» an Schulen und in Jugendheimen;
- wachsendes Bedürfnis nach autoritärer Identifikation in Teilen der Jugendkultur (Jugendsekten, Punk-Rock).

Damit diese neuen Entwicklungen politisch richtig eingeschätzt werden können, sollte eine sozialempirische Erhebung Informationen über die Verbreitung rechtsextremen Denkens in der Wahlbevölkerung liefern. Auf dieser Grundlage sollte das tatsächlich vorhandene rechtsextreme Potential abgegrenzt und sozialstatistisch beschrieben werden.

Darüber hinaus sollten Anhaltspunkte für mögliche Verbindungslinien zwischen politischem Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Kriminalität aufgezeigt werden, aber auch Trennendes.

Das forschungsleitende Erkenntnisinteresse war zu Beginn der Untersuchung vom Auftraggeber definiert worden.

1. Welches ideologische Grundmuster kennzeichnet heute die extreme Rechte? (Wahrnehmung von politischer und ökonomischer Entwicklung, Weltbild, Feindbild, Wahrnehmung des politischen Systems der Bundesrepublik)

17

2. Welche Struktur hat das rechtsextremistische Potential heute? (Alter, soziale Herkunft etc.)
3. Welches sind «systemverletzende» Wertorientierungen bzw. Protestverhaltensweisen der Rechtsextremisten?
4. Gibt es eine psycho-soziale Disposition für rechtsextremistische politische Einstellungen?
5. Gibt es Verbindungen zwischen dem rechtsextremistischen schweigenden Potential und dem manifesten Rechtsextremismus (Verbalradikalismus oder kriminelle Aktionen)?
6. Wie groß ist das Sympathiepotential für den militanten Rechtsextremismus?

2. Leistung und Defizite der bisherigen Rechtsextremismusforschung

Seit dem Ende der sechziger Jahre hat die Sozialwissenschaft in der Bundesrepublik nurmehr wenige Beiträge zur Rechtsextremismusforschung geleistet. Insbesondere fehlt ein aktueller und gesicherter Überblick über die heute vorfindbaren Gruppierungen und deren programmatisch-ideologische Vorstellungen.

Eine fundierte inhaltliche Bestimmung des rechtsextremen Potentials kann ohne diese Vorinformationen aber nicht gelingen.

Erst wenn empirische Befunde aus allen wichtigen Bereichen des rechtsextremen Feldes vorliegen, scheint es möglich, die inhaltlich-ideologische Bandbreite des heutigen rechtsextremen Denkens und dessen Verbreitung in der Bevölkerung der Bundesrepublik zu bestimmen.

Nachgegangen werden muß dabei der Frage, ob die «klassischen» Pfeiler rechtsextremen Denkens (überhöhter Nationalismus, Militarismus, Führerkult, Antisemitismus usw.) nach wie vor die rechtsextreme Kernideologie ausmachen, ob an den ideologischen Rändern nicht – zeitbedingt – neue Inhalte (z. B. in der rechtsextremen Ökologie-Bewegung) das «alte» Inventar ergänzen oder ersetzen und ob nicht dadurch schließlich bisher unbekannte oder unverdächtige soziale Schichten und Altersgruppen zum Rekrutierungsfeld für rechtsextreme politische Bewegungen, bis hin zum «Terror von rechts» werden.

Die bisherige Forschung hat sich weitgehend auf die Arbeiten der kalifornischen Schule (Berkeley-Gruppe) um Adorno, Fromm und Horkheimer gestützt, die unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in den vierziger Jahren Skalen zur Beschreibung und Erforschung der faschistischen («autoritären») Persönlichkeit entwickelt hatten.[1]

Auf der Grundlage früherer theoretischer Arbeiten war die Berkeley-Gruppe davon überzeugt, daß der Nationalsozialis-

1 Adorno, Th. et al. 1950: The Authoritarian Personality, New York (deutsch: Ders. 1968: Der autoritäre Charakter, Amsterdam).

19

mus auf einer sozialpsychologisch bedingten Empfänglichkeit der Deutschen für nationalsozialistische, antisemitische und antidemokratische Parolen beruhte.

Über Skalen, die einzelne Aspekte erfaßten – E-Skala (Ethnozentrismus), AS-Skala (Antisemitismus) und PEC-Skala (politisch-ökonomischer Konservatismus) –, wurde schließlich eine Skala entwickelt, die die verschiedenen Bereiche integrierte, also das ganze sogenannte «autoritäre Syndrom» erfaßte. Nach dem Sprachgebrauch der Zeit wurde diese Skala Faschismus-(F-)Skala genannt, wobei «faschistisch» hier im wesentlichen mit rechtsextrem im oben charakterisierten Sinne gleichzusetzen ist.

Personen mit einem hohen F-Wert stimmten überdurchschnittlich oft antidemokratischen Äußerungen zu, so daß auf eine potentiell faschistische Persönlichkeitsstruktur geschlossen werden konnte. Als wichtige Elemente des «autoritären Syndroms» identifizierten die Berkeley-Forscher: Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Rigidität im Denken, Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen, Sensiblen; Aberglaube, Machtstreben und «Robustheit», Destruktivität und Zynismus, Projektivität (die Disposition, an unsinnige und gefährliche Dinge in der Welt zu glauben; die Projektion unbewußter emotionaler Impulse nach außen) und ein übertriebenes Interesse an sexuellen Vorgängen. Die genannten Merkmale nehmen zum großen Teil auf eine psychoanalytisch konzipierte Persönlichkeitstheorie Bezug, die in ihren Grundlagen bis heute umstritten ist. Insbesondere die Operationalisierbarkeit der psychoanalytischen Konzepte und damit die Möglichkeit ihrer Messung und ihrer Nachprüfbarkeit wurden häufig prinzipiell in Frage gestellt.

Wenn der F-Skala heute auch mit Recht methodische Fehler bei der Erhebung und Auswertung von Daten, die ungenügende Berücksichtigung sozio-ökonomischer Gegebenheiten und andere Schwächen vorgeworfen werden, so bedeutete sie für die Rechtsextremismusforschung doch einen großen Fortschritt.

Die Gruppe um Adorno sowie Forscher, die auf ihren Arbeiten aufbauten, führten die Eigenschaften der «autoritären Persönlichkeit» zu einem großen Teil auf die jeweilige Sozialisation zurück, insbesondere auf die Erfahrungen im Elternhaus (Familienstruktur, Erziehungsstil etc.).

Entscheidender Nachteil der kalifornischen Adorno-Skalen und ihrer bundesrepublikanischen Nachfolger war die Konzentration auf psychologische Fragestellungen unter Vernachlässigung konkreter ideologischer Inhalte.[1] Rechtsextremismus wurde dabei fast ausschließlich im Sinne einer besonderen Persönlichkeitsdisposition verstanden. Alltagsbewußtsein, gesellschaftliche Wertorientierung und die Wahrnehmung historisch-politischer Entwicklungen wurden vernachlässigt.

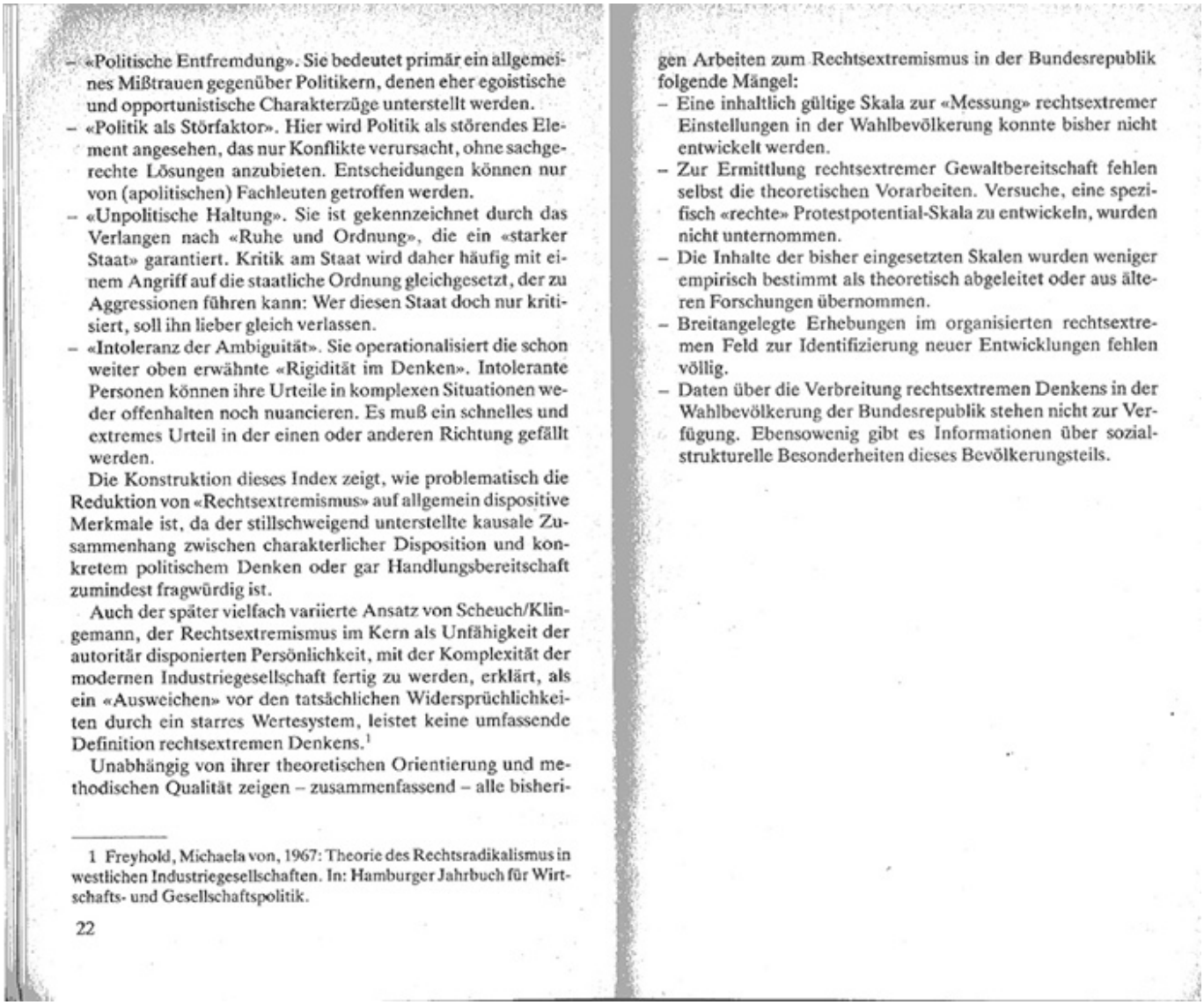
Dies hatte zur Folge, daß nicht nur die Konturen zum Beispiel des Autoritarismus-Begriffs verwischt wurden, sondern auch die Skalen selbst kaum zur Bestimmung rechtsextremer Potentiale taugten, da sie im Grunde bei den psychologischen Vorbedingungen haltmachten.

Diese Kritik gilt insbesondere auch für eine der umfangreichsten jüngeren Untersuchungen, die «Bundeswehr-Studie» von Gessenharter/Fröchling/Krupp.[2]

«Rechtsextremismus» ist für diese Autoren ein hypothetisches Konstrukt und nur indirekt meßbar. Gessenharter et al. gingen so vor, daß sie aus der einschlägigen Literatur ein breites Spektrum von Skalen und Einzel-Items entnahmen, die ihnen zur Messung von Rechtsextremismus geeignet erschienen und die eine Vielzahl von Aspekten bis hin zu Persönlichkeitsmerkmalen umfaßten. Die Gesamtheit der so erfaßten Variablenbereiche bezeichneten sie als «Syndrom Rechtsextremismus». Aus diesem wiederum wurden vier Bereiche ausgesondert, die als besonders charakteristisch für rechtsextreme Einstellung angesehen und als «Index Rechtsextremismus» bezeichnet wurden:

1 Z. B. Freyhold, Michaela von, 1971: Autoritarismus und politische Apathie, Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen, Frankfurt/Main.

2 Dies. 1978: Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen, Weinheim und Basel.



– «Politische Entfremdung». Sie bedeutet primär ein allgemeines Mißtrauen gegenüber Politikern, denen eher egoistische und opportunistische Charakterzüge unterstellt werden.
– «Politik als Störfaktor». Hier wird Politik als störendes Element angesehen, das nur Konflikte verursacht, ohne sachgerechte Lösungen anzubieten. Entscheidungen können nur von (apolitischen) Fachleuten getroffen werden.
– «Unpolitische Haltung». Sie ist gekennzeichnet durch das Verlangen nach «Ruhe und Ordnung», die ein «starker Staat» garantiert. Kritik am Staat wird daher häufig mit einem Angriff auf die staatliche Ordnung gleichgesetzt, der zu Aggressionen führen kann: Wer diesen Staat doch nur kritisiert, soll ihn lieber gleich verlassen.
– «Intoleranz der Ambiguität». Sie operationalisiert die schon weiter oben erwähnte «Rigidität im Denken». Intolerante Personen können ihre Urteile in komplexen Situationen weder offenhalten noch nuancieren. Es muß ein schnelles und extremes Urteil in der einen oder anderen Richtung gefällt werden.

Die Konstruktion dieses Index zeigt, wie problematisch die Reduktion von «Rechtsextremismus» auf allgemein dispositive Merkmale ist, da der stillschweigend unterstellte kausale Zusammenhang zwischen charakterlicher Disposition und konkretem politischem Denken oder gar Handlungsbereitschaft zumindest fragwürdig ist.

Auch der später vielfach variierte Ansatz von Scheuch/Klingemann, der Rechtsextremismus im Kern als Unfähigkeit der autoritär disponierten Persönlichkeit, mit der Komplexität der modernen Industriegesellschaft fertig zu werden, erklärt, als ein «Ausweichen» vor den tatsächlichen Widersprüchlichkeiten durch ein starres Wertesystem, leistet keine umfassende Definition rechtsextremen Denkens.[1]

Unabhängig von ihrer theoretischen Orientierung und methodischen Qualität zeigen – zusammenfassend – alle bisherigen Arbeiten zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik folgende Mängel:
– Eine inhaltlich gültige Skala zur «Messung» rechtsextremer Einstellungen in der Wahlbevölkerung konnte bisher nicht entwickelt werden.
– Zur Ermittlung rechtsextremer Gewaltbereitschaft fehlen selbst die theoretischen Vorarbeiten. Versuche, eine spezifisch «rechte» Protestpotential-Skala zu entwickeln, wurden nicht unternommen.
– Die Inhalte der bisher eingesetzten Skalen wurden weniger empirisch bestimmt als theoretisch abgeleitet oder aus älteren Forschungen übernommen.
– Breitangelegte Erhebungen im organisierten rechtsextremen Feld zur Identifizierung neuer Entwicklungen fehlen völlig.
– Daten über die Verbreitung rechtsextremen Denkens in der Wahlbevölkerung der Bundesrepublik stehen nicht zur Verfügung. Ebensowenig gibt es Informationen über sozialstrukturelle Besonderheiten dieses Bevölkerungsteils.

1 Freyhold, Michaela von, 1967: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

22

3. Die inhaltliche und methodische Orientierung der Untersuchung

Inhaltsanalyse und psychologische Vorstudie

Um die skizzierte Forschungslücke zu schließen, wurde ein breites Erhebungs- und Analyseprogramm durchgeführt.

Es wurde bewußt darauf verzichtet, auf einem vorgeblich gesicherten Wissensstand über die ideologische Struktur des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik unmittelbar Skalen für eine Breitenerhebung zu entwickeln. Das zunächst angestrebte Ziel, ein um die neuesten Entwicklungen erweitertes Inventar rechtsextremen Denkens zu schaffen, wurde mit einer streng empirisch orientierten Forschungsstrategie erreicht.

Material zum organisierten und manifesten Rechtsextremismus wurde auf zwei Wegen gesammelt. Zum einen durch eine umfangreiche Inhaltsanalyse des mannigfaltigen rechtsextremen Schrifttums, vom Flugblatt bis zu den Buchveröffentlichungen einschlägiger Verlage, zum anderen durch psychologische Interviews mit Angehörigen rechtsextremer Gruppen und Organisationen.

Insbesondere jene Gruppen, die sich seit Mitte der siebziger Jahre rechts von der NPD – häufig in bewußtem Gegensatz zu deren «Betulichkeit» – gebildet hatten, waren bis zu diesem Zeitpunkt praktisch unerforscht.

Um den Erkenntnishorizont jedoch nicht von vornherein einzuengen, wurden diese Erhebungen auch auf jenen Personenkreis ausgedehnt, der als «Rechtsextremismus-anfällig» gelten konnte: Punks, Mitglieder militanter Jugendsekten, mit nationalsozialistischen Devotionalien «ausgestattete» Motorrad-Rocker, Angehörige rechtsorientierter Öko-Gruppen bis hin zu rechtskonservativen Burschenschaftlern.

Ausgangspunkt dieser Interviews und bestimmend für die thematische Auswahl der Fragen war die konkrete Lebenssituation der befragten Person. Da die Gesprächsführung keinem starr vorgegebenen Muster folgte, hatte der Interviewer die Möglichkeit, durch flexibles Eingehen auf für den Gesprächspartner besonders wichtige Probleme, Motivstrukturen und die gefühlsmäßige Basis seiner Einstellungen zu erhellen. Der Interviewer griff dabei so wenig wie möglich lenkend in das Gespräch ein, verstärkte lediglich die Äußerungsbereitschaft seines Gesprächspartners durch sachneutrale Ermutigungen.

Durch dieses Eingehen auf die Alltagswelt des Gesprächspartners wurden zum einen psychische Barrieren abgebaut, die einer Befragung gerade bei Themen entgegenstehen, die für die Befragten von existentieller Bedeutung sind und deren Erörterung mit einem «fremden» Interviewer für den Befragten sich nachteilig auswirken könnte. Zum anderen wurde beim Gesprächspartner auf diese Weise ein viel größerer Äußerungsdruck aufgebaut, als dies beim standardisierten Interview möglich wäre. Seine Einstellungen, Motive und spezifischen Wahrnehmungsmuster kamen so spontan und unverfälscht zum Ausdruck, und der Interviewer hatte außerdem den bestmöglichen Zugang zu Informationen über neue, bisher unbekannte Formen und Inhalte rechtsextremer Einstellungen und Aktivitäten.

Insgesamt wurden 45 intensive Fallstudien durchgeführt. Ziel dieser Studien war es, aus der Biographie eines Gesprächspartners möglichst viele intellektuell und emotional bedeutsame Daten, Milieu-Einflüsse und Determinanten der politischen Sozialisation abzuleiten, die mit seinen heutigen Einstellungen und mit seinem heutigen Verhalten in bezug stehen.

Das Rekrutierungsfeld für diese Fallstudien wurde auf fünf «Erhebungsbereiche» ausgedehnt:

Rechtsextreme Organisationen mit Vorfeld-Charakter,
rechtsextreme Jugendgruppen,
rechtsextreme Öko-Gruppen,
militante und rechtsterroristische Gruppen,
neue rechtsextremismus-verdächtige Formationen.

Das Durchschnittsalter lag bei 32 Jahren. Jene Gesprächspartner, die 50 Jahre und älter waren, gehörten fast ausnahmslos zu Organisationen mit Vorfeld-Charakter oder Öko-Gruppen. Ergebnis der Gespräche war nicht nur ein außerordentlich reichhaltiges semantisches Material – die Ausgangsbasis für die Formulierung der Skalen, die in der Hauptuntersuchung zum

Einsatz kommen sollten –, sondern es fanden sich auch wissenschaftlich bedeutsame Hinweise zur Lebenswelt rechtsextremistisch eingestellter Personen, insbesondere Jugendlicher (vgl. dazu Kapitel V).

Entwicklung neuer Rechtsextremismus-Skalen

Auf der Grundlage der in diesem Untersuchungsabschnitt gewonnenen Erkenntnisse über die Inhalte und Strukturen rechtsextremen Denkens wurde anschließend eine umfangreiche Statement-Batterie entwickelt, die den gesamten rechtsextremen Einstellungsraum abdecken konnte. Diese Statements dienten als Basis für die Konstruktion der späteren Einstellungsskalen (vgl. das folgende Kapitel II).

Bevor diese Instrumente jedoch bevölkerungsrepräsentativ eingesetzt werden konnten, mußten sie validiert werden, das heißt, sie mußten inhaltlich und mathematisch-statistisch getestet werden. Ohne eine derartige Prüfung ist eine gültige Einstellungsmessung nicht gewährleistet.

Zu diesem Zweck wurde der Rohentwurf (die Item-Batterien) in einem Pretest einer Stichprobe von 200 Personen in Einzelinterviews vorgegeben. Die Pretest-Stichprobe bestand aus einer angenähert bevölkerungsrepräsentativen Teilgruppe von 150 Personen und aus 50 dem rechtsextremen bzw. Rechtsextremismus-verdächtigen Lager zugehörigen Personen (analog dem Vorstudien-Sample).

Das erhobene Zahlenmaterial wurde dann faktorenanalytisch bearbeitet, um die Struktur des Rechtsextremismus-Einstellungsraums zu ermitteln. Auf diese Weise konnten die wichtigsten Einstellungsdimensionen bestimmt werden. Aus der Item-Liste wurden anschließend diejenigen Statements ausgeschieden, die den gefundenen Dimensionen nicht entsprachen. Außerdem wurde das Instrument um mißverständliche, semantisch schwierige oder in anderer Weise problematische Statements bereinigt.

Ergebnis der zweiten Forschungsphase waren schließlich statistisch und inhaltlich gültige sowie auf einen «handlichen»

Umfang reduzierte Rechtsextremismus-Skalen, die in der folgenden Repräsentativerhebung eingesetzt wurden:

1. Die «Rechtsextreme Einstellungsskala» (RES)
Mit der RES-Skala wurde ein Forschungsinstrument geschaffen, das auf die Kerninhalte rechtsextremer Ideologie und Programmatik zielt und damit also über den bisher erforschten Bereich der «Persönlichkeitsdispositionen» hinausgeht. Damit gelang eine präzise gefaßte inhaltlich-theoretische Definition des Rechtsextremismus, zum anderen wurde die Sicherheit erhöht, mit diesem Instrument in Breitenerhebungen Rechtsextremismus ohne hohe «Schwundquoten» identifizieren zu können.

2. Die «Protestpotentialskala Rechtsextremismus» (PPSR)
Die PPSR-Skala stellt eine spezifisch auf das rechtsextreme Potential zugeschnittene Skala zur Ermittlung latenter Gewaltbereitschaft dar. Ihr Einsatz sollte zeigen, wie wenig gesicherte Erkenntnisse die Forschung bisher gerade zu diesem Themenbereich erbracht hat.

3. Die Skala «Regressive Öko-Leitbilder» (SRÖL)
Mit dieser Skala sollte die in der Voruntersuchung als neue «Sonderform» rechtsextremen Denkens erschlossene rechte Öko-Ideologie gemessen werden. Mit ihrer Hilfe gelang es auch später, Öko-Rechte vom übrigen Feld zu «trennen» und gesondert darzustellen.

Entwicklung einer «Autoritären Einstellungsskala» (AES)

Da das Forschungsziel der Gesamtuntersuchung die Beschreibung des rechtsextremen Potentials in der Wahlbevölkerung war, wurden die bereits beschriebenen Skalen nach strengen Kriterien auf diesen spezifischen Personenkreis hin konzipiert, um alle Zweifel an der Gültigkeit der Instrumente auszuräumen. Alle jene Inhalte, die nicht eindeutig ideologisch-programmatisch im rechtsextremen Lager verankert waren, wurden bei der Konstruktion dieser Skalen nicht berücksichtigt.

In einigen Bereichen rechtsextremen Denkens war jedoch im Pretest eine Übereinstimmung zwischen Rechtsextremen und nichtrechtsextremer Kontrollgruppen aufgefallen. Offensichtlich gibt es «Meinungsbrücken» zwischen Rechtsextremismus und Bevölkerungsdurchschnitt. Durch die Konstruktion der «Autoritären Einstellungsskala» (AES) wurden diese «Brücken»-Inhalte zu einem einheitlichen Meßinstrument gebündelt. Diese Skala sollte nicht Rechtsextremismus im eigentlichen Sinne in der Wahlbevölkerung messen. Sie versprach aber Aufschluß über die Verbreitung und soziale Struktur von eher unauffälligen Wählerschichten, die unter veränderten Bedingungen zu Zielgruppen rechtsextremistischer Propaganda werden könnten (vgl. Kapitel IV, 4).

Repräsentativerhebung und Potentialbestimmung

Die aus dem Pretest hervorgegangenen endgültigen Einstellungsskalen wurden einem repräsentativen Querschnitt der deutschen Wahlbevölkerung ab 18 Jahren (ohne West-Berlin) vorgegeben.

Die Datenerhebung in dieser Phase wurde vom Münchner INFRATEST-Institut besorgt. Die Befragung fand im Rahmen der Mehrthemen-Untersuchungsreihe INFRATEST SOZIALDATEN statt. Die Skalen wurden in vier Befragungswellen eingeschaltet. In der Zeit vom 17. 10. 1979 bis zum 25. 2. 1980 wurden insgesamt 6968 Interviews durchgeführt.

Dieser Untersuchungsschritt führte zu einer zahlenmäßigen Bestimmung sowie einer soziodemographischen Beschreibung des rechtsextremen Potentials in der Bundesrepublik. Dazu wurde ein von SINUS entwickeltes spezielles Analyseverfahren eingesetzt, mit dem – unter Rückgriff auf die Antwortmuster der rechtsextremen Teilgruppe des Pretests – die Rechtsextremen aus dem Repräsentativ-Sample herausgefiltert werden konnten. Die in der Vorstudie festgestellte innere Heterogenität des rechtsextremen Feldes wurde dabei berücksichtigt.

Eine differenzierte Beschreibung des Potentials setzte eine angemessene Repräsentation der Zielgruppe in der Untersuchungsstichprobe voraus. Aus dieser Überlegung ergab sich

der außergewöhnlich große Stichprobenumfang von 7000 Fällen.

Damit gelang es, eine statistisch repräsentative Zahl von rechtsextremistisch eingestellten Personen innerhalb einer die gesamte Wahlbevölkerung einbeziehenden Breitenerhebung quantitativ zu erfassen und soziodemographisch zu beschreiben.

II. Inhalte und Struktur rechtsextremen Denkens

1. Zur theoretischen und empirischen Bestimmung von Rechtsextremismus

«Politischer Extremismus» ist in der Bundesrepublik Deutschland, was seine juristische Seite betrifft, relativ klar zu definieren. Das Grundgesetz läßt politische Aktivitäten von einzelnen oder Gruppen nur im Rahmen der «freiheitlichen demokratischen Grundordnung» zu.

Was darunter zu verstehen ist, hat das Bundesverfassungsgericht in den Begründungen zum Verbot der SRP 1952 und der KPD 1956 ausgeführt. Die Anerkennung der «freiheitlichen demokratischen Grundordnung» verlangt als minimale Voraussetzungen die Bejahung der folgenden Prinzipien:

- Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft;
- rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit;
- Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte;
- Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung;
- Volkssouveränität;
- Gewaltenteilung;
- Verantwortlichkeit der Regierung;
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung;
- Unabhängigkeit der Gerichte;
- Mehrparteienprinzip;
- Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Politische Aktivitäten, die auf einer Ablehnung dieser Grundsätze beruhen und sie bekämpfen, fallen unter die Kate-

gorie des «politischen Extremismus» und werden juristisch entsprechend sanktioniert.

Die juristische Definition besitzt den Vorzug eindeutiger Abgrenzung, sie macht «extremistische Tatbestände» relativ präzise, jedoch immer nur «ex post», das heißt *nach* bestimmten Ereignissen aus.

Eine gleichsam «präventive» Bestimmung des politischen Extremismus fällt dagegen in die Kompetenz der Sozialwissenschaften, deren Aufgabe es ist, das Feld derer einzugrenzen, die auf Grund bestimmter Dispositionen zu politischem Extremismus neigen (ohne daß dies zunächst manifest werden muß).

Die im abgelaufenen Jahrzehnt in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik teilweise verbissen geführte Extremismusdebatte zeigt dabei nur allzu deutlich, wie wenig es den Sozialforschern gelungen war, die theoretischen und methodischen Voraussetzungen ihrer Aussagen «nach draußen» zu vermitteln:

- Während die sozialwissenschaftliche Theorie sich darum bemüht, Aussagen und Prognosen über politische «Einstellungen» von Aussagen und Prognosen über politisches «Verhalten» zu trennen, wurden diese beiden Merkmalsgruppen in der politischen Öffentlichkeit in der Regel unkritisch vermengt.
- Sträflich außer acht gelassen wurde dabei die Selbstverständlichkeit, daß «Einstellungen» kein direkt beobachtbares Phänomen selbst, sondern ein hypothetisches Konstrukt sind, in der Regel gemessen auf der Grundlage verbaler Zustimmung zu vorgegebenen Inhalten.
- Eine «Einstellung» wird also aus den verbalen Antworten gefolgert. Das tatsächliche Verhalten einer Person kann jedoch von ihren verbalen Äußerungen beträchtlich abweichen.
- Sozialwissenschaftliche Extremismusforschung kann daher gerade nicht darin bestehen, ein bestimmtes politisches Verhalten zu prognostizieren, sondern *nur* die latente Bereitschaft dazu herausfinden.
- Sozialwissenschaftlich definierte Extremismus-Potentiale sind daher nicht als Handlungs-Potentiale im juristischen Sinne zu verstehen, sondern als wissenschaftlich bestimmte

Personengruppen, deren Mitglieder unter bestimmten historisch-situativen Bedingungen zu politisch extremem Verhalten neigen.

Zu Beginn der siebziger Jahre hatten die Extremismusforscher Klingemann und Pappi vorgeschlagen, politischen Extremismus durch die Messung der Einstellungen zum Werte- *und* Normenbereich des Grundgesetzes zu diagnostizieren. Sie hatten bei einer Analyse von NPD-Anhängern in Hessen festgestellt, daß Rechtsextreme sowohl die zentralen Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Wertebereich) ablehnten, als auch die parlamentarischen Regeln (Normen) zum Austrag politischer Konflikte und zum Erwerb politischer Macht.[1]

Diese Theorie orientierte sich zwar bereits in deutlich wahrnehmbarer Distanz zu vornehmlich psychologisierenden Ansätzen an den konkreten Inhalten politischen Denkens, engte jedoch den definitorischen Rahmen zur Bestimmung von Rechtsextremismus ein. Die durch unsere Tiefeninterviews diagnostizierte Bedeutung ästhetischer Kriterien oder die auf Rechtsextreme fast magisch wirkende Anziehungskraft eines bestimmten Geschichtsbildes blieb dabei beispielsweise völlig unberücksichtigt.

Unser Untersuchungsansatz versuchte daher ohne restriktive theoretische Vorbestimmung das konkret in der unmittelbaren Lebenswelt der Betroffenen «vorfindbare» Denken und Fühlen empirisch zu erschließen.

«Betroffene» waren für die Untersuchung zunächst Mitglieder des organisierten Rechtsextremismus, im zweiten Schritt jene Gruppierungen in der neuen Jugendkultur der Bundesrepublik, die zumindest in der Stilbildung an Erscheinungsformen der «manifest» Rechtsextremen erinnerten. Das Erkenntnisinteresse war gleichsam *open-end* – angelegt, kein Themenbereich von vornherein ausgeschlossen.

1 Vgl. Klingemann, H. D./Pappi, F. U., 1972: Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anläßlich der Landtagswahl 1972 in Hessen; München, Wien.

Zusammen mit den Ergebnissen der Inhaltsanalyse des rechtsextremen Schrifttums ergab diese Forschungsstrategie ein umfassendes und vor allem *unverfälschtes* Inventar rechtsextremer Einstellungen. Wir werden im nächsten Abschnitt versuchen, die einzelnen Komponenten ohne wesentliche Abstriche darzustellen.

2. Die ideologische Struktur des rechtsextremen Feldes

Das Spektrum des mit den Tiefeninterviews erreichten Personenkreises reichte – wie beschrieben – von rechtskonservativen Schülern und Burschenschaftlern, rechten Öko-Gruppen, Rockern und Punkern über die «traditionelle Rechte» bis zu militant rechtsextremen Sekten-Anhängern und organisierten sowie nichtorganisierten zum Rechtsterrorismus neigenden Gesprächspartnern.

Abgrenzung rechtskonservativen Denkens

Die befragten Schüler sowie auch die Mehrheit der Burschenschaftler erweisen sich in mehrfacher Hinsicht als «konservative Kontrastgruppe». Im Wertebereich zeigen sich durch Überbetonung von Begriffen wie «Volk und Vaterland» Affinitäten zum Rechtsextremismus, im Normenbereich unterscheiden sie sich jedoch deutlich.

Sie akzeptieren die Bundesrepublik Deutschland und identifizieren sich mit ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Auch ihre Sympathie gilt durchweg Organisationen, die zweifelsfrei die freiheitlich-demokratische Grundordnung unterstützen, während ihre Abneigung links- wie rechtsextremen Organisationen gleichermaßen trifft.

Ansatzpunkte zu Gemeinsamkeiten mit rechtsextremen Positionen ergeben sich in erster Linie auf dem Feld der antiindustriegesellschaftlichen Kultur- und Zivilisationskritik, ferner bei Werten wie «Vaterland», «Patriotismus», «Opferbereitschaft», «nationale Selbstverteidigung», «Staat», «Autorität». Die rechtskonservativen Gesprächspartner wiesen in der Regel jedoch darauf hin, daß es gerade die Nazis waren, die diese Werte erniedrigt und pervertiert hätten.

Gleichzeitig sind Rechtsextreme und Konservative aber auch durch scharfe Gegensätze im Wertebereich gekennzeichnet. In schroffem Kontrast zu den Rechtsextremen betrachten Konservative Menschenrechte, Gewissensfreiheit, Rechtsstaat usw. als «Errungenschaften der großen westlichen Revolutio-

35

nen», die es zu bewahren gilt. Rassismus ist der konservativen Vorstellungswelt ebenfalls fremd.

Ergeben sich somit nur sehr begrenzte Übereinstimmungen zwischen Rechtsextremen und Konservativen im Wertebereich, so besteht eine völlige Diskrepanz in der Beurteilung demokratischer Normen. Während die Rechtsextremen sowohl die im Grundgesetz verankerten Werte als auch die entsprechenden Normen für die institutionalisierte Austragung von Konflikten ablehnen, bedeutet für die Konservativen die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf dem normativen Sektor keinerlei Schwierigkeit, ja zum Teil wird dies sogar als das ureigenste Feld der Konservativen betrachtet.

Ein weiterer klarer Unterschied zwischen Konservativen und Rechtsextremen liegt in der Einstellung zum gegenwärtigen ökonomischen und politischen Status quo. Während die Konservativen ihren aktuellen sozio-politischen Status im allgemeinen als sehr befriedigend bezeichneten, neigten rechtsextreme Gesprächspartner hier häufig zu vehementer Kritik.

Rechtsextreme Tendenzen in der neuen Jugendkultur? Rocker, Punker und Jugendsekten

«Hitler-Welle», Hakenkreuze an Schultafeln und Hauswänden, in faschistischen Uniformen auftretende Jugendliche hatten in der Öffentlichkeit den Eindruck eines wachsenden Jugend-Rechtsextremismus entstehen lassen. Wissenschaftlich konnte daraus die Vermutung abgeleitet werden, daß auch neue ideologische Inhalte, welche die traditionelle Rechtsextremismus-Forschung bisher notwendigerweise nicht erfassen konnte, das klassische Inventar rechtsextremen Denkens erweitert hatten. Kennzeichnend für Punker und vor allem Rokker ist ein extrem niedriger Grad an politischer Informiertheit. So hat es sich sehr rasch gezeigt, daß sich hinter den markigen Fassaden von Rockern und Punkern zwar eine amorphe, vorwiegend gegen Fremdgruppen (Ausländer) gerichtete Gewaltbereitschaft verbirgt, jedoch ohne die als rechtsextreme Tendenzen zu identifizierenden ideologischen Begründungen.

Rocker und Punker repräsentieren wohl eher eine hilflos-autoritäre, proletarische Spielart der orientierungslos-hedonistischen Jugendkultur als eine Form von Rechtsextremismus.

Das Zur-Schau-Tragen nationalsozialistischer Devotionalien ist daher kaum eine politische Manifestation, sondern die Stilisierung jugendlich-eskapistischen Protestes. Dieser Protest und die damit verbundene Gewaltbereitschaft könnte allerdings – zumindest punktuell – von rechtsextremen Organisationen für eigene Zwecke «umgelenkt» und ausgenutzt werden. Wir fanden Hinweise auf Bemühungen seitens der Jungen Nationaldemokraten, Rocker-Banden zunächst zu «betreuen», um sie später wohl zu integrieren. Ob dies dauerhaft gelingen wird, ist jedoch zu bezweifeln, da Rocker und Punker in zentralen Bereichen rechtsextremen Denkens (Antimaterialismus, Kulturkritik, Sexualfeindlichkeit, vaterländische Ideologie) völlig konträre Denk- und Verhaltensmuster aufweisen.

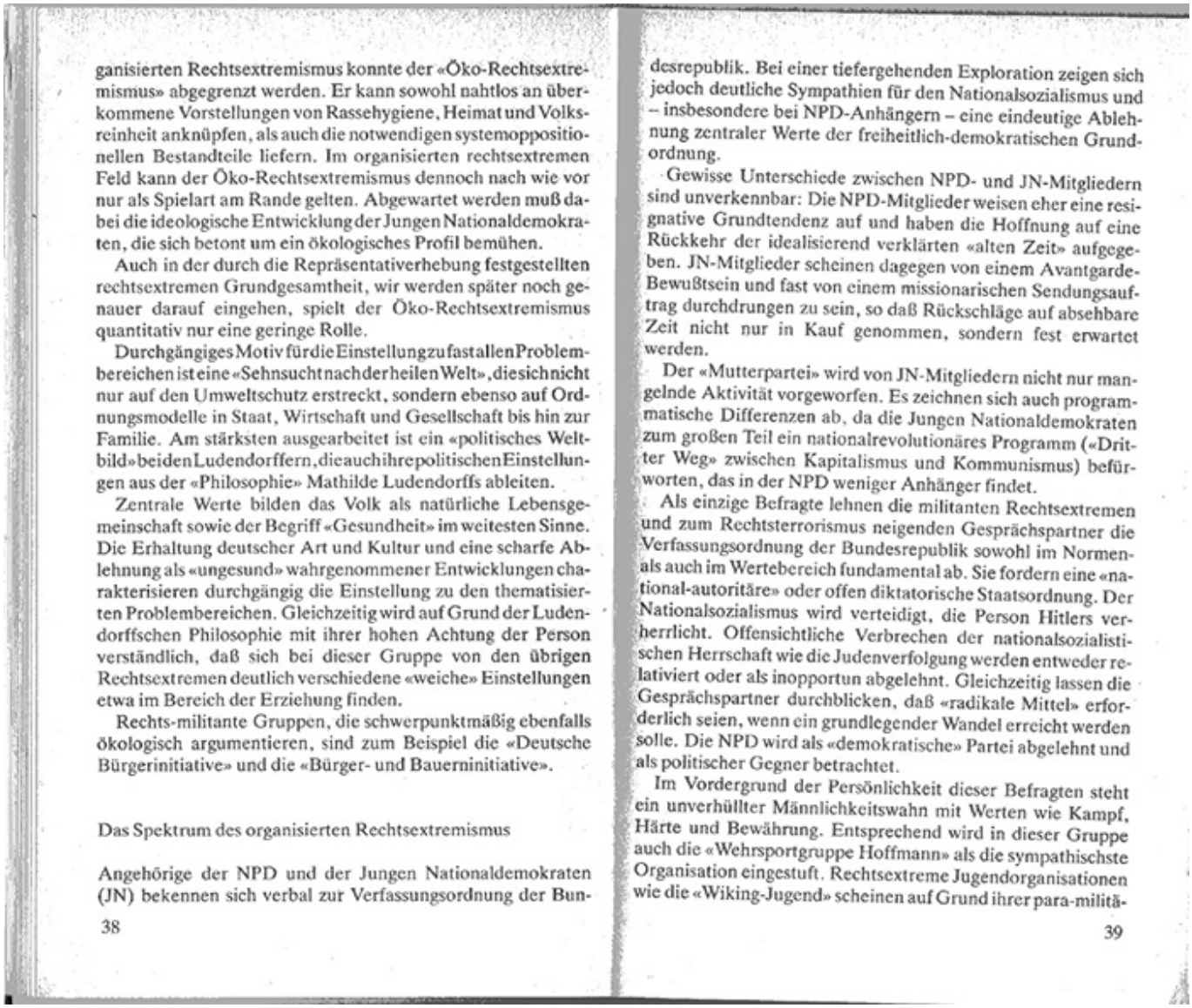
Den Mitgliedern der Jugendsekten ist eine äußerst labile Persönlichkeitsstruktur gemeinsam. Während die befragten «Kinder Gottes» völlig unpolitisch und uninformiert waren, verfügen die Mitglieder der Mun-Sekte über ein militant-aggressives antikommunistisches Weltbild. Der «Satan» wird identifiziert mit «dem Kommunismus», der «ausgemerzt» werden muß. Kommunisten werden überall vermutet und sollen sich selbst in der Kirche bereits eingenistet haben. Ihnen gegenüber sollen sämtliche Verfassungsgrundsätze außer Kraft gesetzt werden, gilt jeder Rechtsbruch als legitim. Auch der Nationalsozialismus wird gebilligt, weil er die Kommunisten bekämpfte.

Auch hier, wie bei Rockern und Punkern, zeigen sich zwar Elemente rechtsextremer Ideologie, aber kein in sich geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

Allenfalls die Mun-Sekte könnte als jugendkultureller Annex des organisierten Rechtsextremismus verstanden werden.

«Braune Flecken auf den Grünen Listen»: Die Öko-Rechte

Als neuartige und möglicherweise für die Zukunft bedeutende ideologische Variante des organisierten wie auch des nichtor-



ganisierten Rechtsextremismus konnte der «Öko-Rechtsextremismus» abgegrenzt werden. Er kann sowohl nahtlos an überkommene Vorstellungen von Rassehygiene, Heimat und Volksreinheit anknüpfen, als auch die notwendigen systemoppositionellen Bestandteile liefern. Im organisierten rechtsextremen Feld kann der Öko-Rechtsextremismus dennoch nach wie vor nur als Spielart am Rande gelten. Abgewartet werden muß dabei die ideologische Entwicklung der Jungen Nationaldemokraten, die sich betont um ein ökologisches Profil bemühen.

Auch in der durch die Repräsentativerhebung festgestellten rechtsextremen Grundgesamtheit, wir werden später noch genauer darauf eingehen, spielt der Öko-Rechtsextremismus quantitativ nur eine geringe Rolle.

Durchgängiges Motiv für die Einstellung zu fast allen Problembereichen ist eine «Sehnsucht nach der heilen Welt», die sich nicht nur auf den Umweltschutz erstreckt, sondern ebenso auf Ordnungsmodelle in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Familie. Am stärksten ausgearbeitet ist ein «politisches Weltbild» beiden Ludendorffern, die auch ihre politischen Einstellungen aus der «Philosophie» Mathilde Ludendorffs ableiten.

Zentrale Werte bilden das Volk als natürliche Lebensgemeinschaft sowie der Begriff «Gesundheit» im weitesten Sinne. Die Erhaltung deutscher Art und Kultur und eine scharfe Ablehnung als «ungesund» wahrgenommener Entwicklungen charakterisieren durchgängig die Einstellung zu den thematisierten Problembereichen. Gleichzeitig wird auf Grund der Ludendorffschen Philosophie mit ihrer hohen Achtung der Person verständlich, daß sich bei dieser Gruppe von den übrigen Rechtsextremen deutlich verschiedene «weiche» Einstellungen etwa im Bereich der Erziehung finden.

Rechts-militante Gruppen, die schwerpunktmäßig ebenfalls ökologisch argumentieren, sind zum Beispiel die «Deutsche Bürgerinitiative» und die «Bürger- und Bauerninitiative».

Das Spektrum des organisierten Rechtsextremismus

Angehörige der NPD und der Jungen Nationaldemokraten (JN) bekennen sich verbal zur Verfassungsordnung der Bun-

38

desrepublik. Bei einer tiefergehenden Exploration zeigen sich jedoch deutliche Sympathien für den Nationalsozialismus und – insbesondere bei NPD-Anhängern – eine eindeutige Ablehnung zentraler Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Gewisse Unterschiede zwischen NPD- und JN-Mitgliedern sind unverkennbar: Die NPD-Mitglieder weisen eher eine resignative Grundtendenz auf und haben die Hoffnung auf eine Rückkehr der idealisierend verklärten «alten Zeit» aufgegeben. JN-Mitglieder scheinen dagegen von einem Avantgarde-Bewußtsein und fast von einem missionarischen Sendungsauftrag durchdrungen zu sein, so daß Rückschläge auf absehbare Zeit nicht nur in Kauf genommen, sondern fest erwartet werden.

Der «Mutterpartei» wird von JN-Mitgliedern nicht nur mangelnde Aktivität vorgeworfen. Es zeichnen sich auch programmatische Differenzen ab, da die Jungen Nationaldemokraten zum großen Teil ein nationalrevolutionäres Programm («Dritter Weg» zwischen Kapitalismus und Kommunismus) befürworten, das in der NPD weniger Anhänger findet.

Als einzige Befragte lehnen die militanten Rechtsextremen und zum Rechtsterrorismus neigenden Gesprächspartner die Verfassungsordnung der Bundesrepublik sowohl im Normen- als auch im Wertebereich fundamental ab. Sie fordern eine «national-autoritäre» oder offen diktatorische Staatsordnung. Der Nationalsozialismus wird verteidigt, die Person Hitlers verherrlicht. Offensichtliche Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft wie die Judenverfolgung werden entweder relativiert oder als inopportun abgelehnt. Gleichzeitig lassen die Gesprächspartner durchblicken, daß «radikale Mittel» erforderlich seien, wenn ein grundlegender Wandel erreicht werden solle. Die NPD wird als «demokratische» Partei abgelehnt und als politischer Gegner betrachtet.

Im Vordergrund der Persönlichkeit dieser Befragten steht ein unverhüllter Männlichkeitswahn mit Werten wie Kampf, Härte und Bewährung. Entsprechend wird in dieser Gruppe auch die «Wehrsportgruppe Hoffmann» als die sympathischste Organisation eingestuft. Rechtsextreme Jugendorganisationen wie die «Wiking-Jugend» scheinen auf Grund ihrer para-militä-

39

3. Inventar des rechtsextremen Weltbildes

Wie bereits dargestellt, ging die Untersuchung davon aus, daß gültige Aussagen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Wahlbevölkerung nur dadurch möglich sein würden, daß in der Repräsentativerhebung ein umfassendes Statement-Inventar des rechtsextremen Weltbildes vorgelegt wird. Dieses Inventar sollte inhaltlich wie sprachlich das Wesen rechtsextremen Denkens lebensnah – so wie es sich «draußen» darstellt – widerspiegeln.

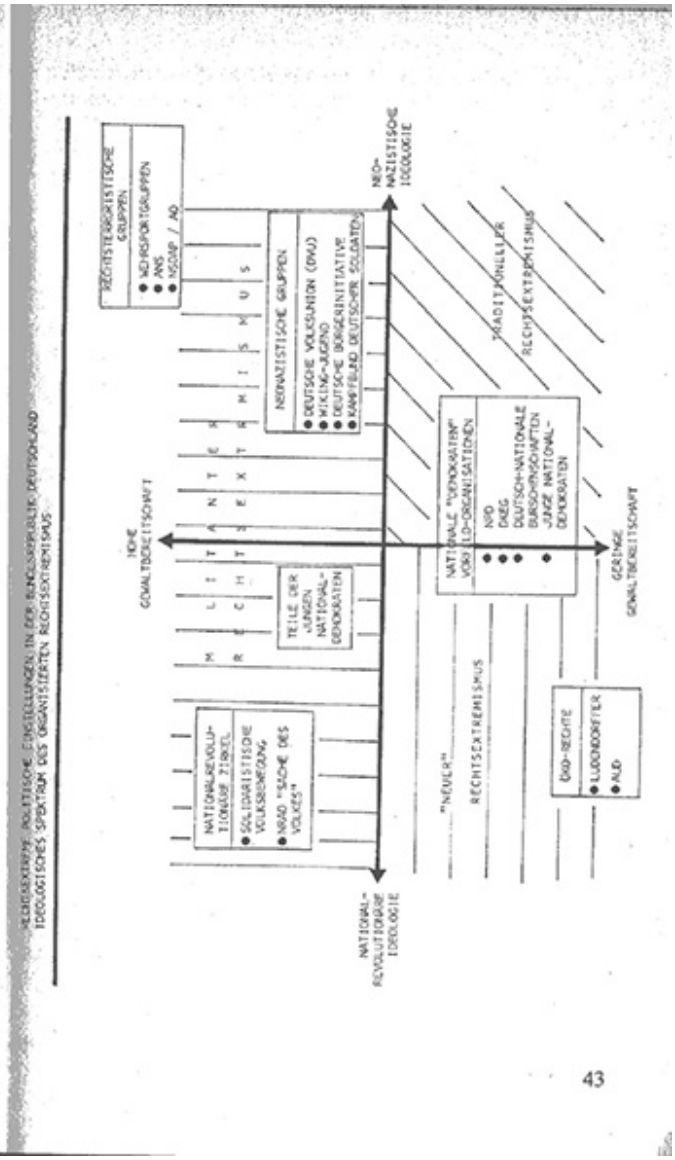
Auf der Grundlage der Fallstudien und der Dokumentenanalyse konnten die Hauptthemenbereiche umfassend dargestellt werden:

«Volk, Vaterland und Heimat»

Einen zentralen Stellenwert besitzen für fast alle untersuchten rechtsextremistischen Gruppen die Begriffe «Volk» und «Vaterland», die emotional sehr stark besetzt sind und von denen andere Werte abgeleitet werden. «Volk und Vaterland» spenden – insbesondere in der idealisierenden Interpretation der Gesprächspartner – Sinn und Geborgenheit. Die krampfhafte Überhöhung dieser Werte kann gleichsam als «Kennzeichen» für Rechtsextremismus gelten.

Obwohl vor allem «Vaterland» in der Regel als erste Assoziation zu dem Begriff «Deutschland» genannt wird, bereitet auf Grund der Teilung Deutschlands etlichen Gesprächspartnern eine emotionale und lokale Zuordnung des Begriffs «Deutschland» erhebliche Schwierigkeiten.

Punker und Rocker besitzen kaum eine gefühlsmäßige Bindung an die Begriffe «Deutschland» oder «Deutscher» und verstehen diese rein funktional (NPD- und JN-Mitglieder sowie Militante sprechen bedauernd von «Paß-Deutschen»). Lediglich beim Thema «Fußball» werden mit «Deutschland» emotionale Werte assoziiert. Der geographisch diffuse Begriff «Vaterland» ist für diese Personengruppe gefühlsmäßig weit stärker besetzt. Zum einen wird «Vaterland» mit beiden deutschen Staaten gleichgesetzt, zum anderen unterscheidet man dagegen



zwischen dem «richtigen» Deutschland, der Bundesrepublik, und dem «anderen» Deutschland, der DDR, «die rußlandhörig und abhängig ist».

Eine Ausweichmöglichkeit in dieser Situation, den Begriff «Deutschland» heute geographisch nicht exakt zuordnen zu können – worunter einige Gesprächspartner sichtlich leiden –, bietet der Begriff «Heimat», mit dem Geborgenheit im weitesten Sinne assoziiert wird. Deutschland «ist meine Heimat», «dort fühl ich mich aufgehoben» (ein Militanter).

Die engere Heimat wird gleichgesetzt mit einer intakten Umwelt, Infra- und Sozialstruktur und führt zu einer Verklärung der traditionellen sozialen Strukturen, die als besonders erhaltenswert erachtet werden.

Von dieser Ausgangsposition aus neigen vor allem Öko-Gruppen eher zu ansonsten überholten gesellschaftlichen Leitbildern: Da die Natur den Überlebenskampf der Völker bestimmt, sind für ein Volk natürliche, gesunde Lebensgrundlagen wesentlich. Die Bewahrung der Natur, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bilden zugleich einen Schutz für die Gemeinschaft und wirken der Staatsauflösung entgegen.

Zum Zentralbegriff wird daher die «Gesundheit»: Volksgesundheit, gesundes Lebensbewußtsein. Das hohe ökologische Bewußtsein dieser Gruppen setzt sich freilich meist nur in diesem Bereich in politische Aktivität um, im Kampf gegen Atomkraftwerke, die als unrentabel, gefährlich und als Bedrohung der «natürlichen» Gensubstanz und Instrument zum Massenmord gelten.

Ähnlich am Begriff «Volksgesundheit» ausgerichtet ist der Einsatz der Jungen Nationaldemokraten für die «Krebshilfe» und den «Schutz des deutschen Waldes» sowie die Problematisierung der Vor- und Nachteile von Mülldeponien.

Die Sorge um die Volksgesundheit zielt zum Teil nicht nur auf die Erhaltung des Volkes, sondern auch auf die «Reinhaltung» des Völkischen, der Rasse. Diese wird primär als genetisch fixiert definiert und von den Ludendorffern mit «gottgewollt» angesehen. NPD-Anhänger gehen bei der «Reinhaltung der Rasse» sogar so weit, daß sie offen für die Euthanasie eintreten.

Ethnozentrismus und Rassismus

Entsprechend dem hohen emotionalen Stellenwert von «Volk», «Vaterland» und verwandten Begriffen sind die meisten Gesprächspartner stolz darauf, Deutsche zu sein. Begründet wird dies mit «typisch deutschen» Eigenschaften wie Fleiß, Strebsamkeit, Disziplin, Ordnung, Pflichtbewußtsein, Vaterlandsliebe, Mut, Treue etc., aber auch mit Hinweisen auf besondere intellektuelle Fähigkeiten: «Volk der Dichter und Denker», Deutsche haben außergewöhnlichen Erfindungsgeist: «Wenn man einen Deutschen mit einem Streichholz einsperrt, kommt er mit einem Panzer wieder raus.»

Infolge der völkischen Grundeinstellung ist Ethnozentrismus gerade bei Öko-Gruppen wie den Ludendorffern stark ausgeprägt. Ein Kontrastbild zum «Deutschtum» des «nordischen Menschen», wie es sich etwa in den oben aufgeführten Eigenschaften ausdrückt, liefern vor allem die «Fremdarbeiter». Die Gesprächspartner wenden sich gegen jede Integrationspolitik oder gar Einbürgerung der ausländischen Arbeitnehmer und empfehlen statt dessen eine wirtschaftliche Förderung der Herkunftsländer. Die kulturelle Entwurzelung der Gastarbeiter führt nach Ansicht der Gesprächspartner aus den Öko-Gruppen dazu, daß diese sozial schädliche Verhaltensweisen entwickeln, zu Gewalt, Kriminalität und Abnormitäten neigen und besonders anfällig für Sexualdelikte sind. Die Ehen von Deutschen mit Gastarbeitern werden als «animalisches Aufeinandertreffen» abgelehnt.

Nicht zuletzt auf Grund ihrer hohen Geburtenrate werden die Ausländer als «tödliche Bedrohung für unser Volk» wahrgenommen, da die Überfremdung ständig zunehme (weshalb eine rigide Ausländer-Gesetzgebung nach Schweizer Muster und schärfere administrativ-polizeiliche Maßnahmen vor allem von NPD-Anhängern gefordert werden).

Gegen die ausländischen Arbeitnehmer, die häufig mit deutlich abwertendem Akzent als «Fremdarbeiter» oder «die Ausländer» bezeichnet werden, richten sich in erster Linie Aggressionen der NPD-Anhänger und Militanten, die oft auch zur Androhung physischer Gewalt führen.

Gegen die ausländischen Arbeitnehmer werden dabei über-

wiegend negative Klischees ins Feld geführt: Sie kommen hier ans große Geld, nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg (besonders verbreitet bei arbeitslosen Rockern und Punkern sowie statusgefährdeten NPD-Anhängern), drücken sich vor der Arbeit, streichen Kindergeld zu Lasten des deutschen Steuerzahlers ein, werden vor deutschen Gerichten angeblich bevorzugt etc.

Ambivalent ist die Haltung der meisten befragten «Jungen Nationaldemokraten». Während einerseits die genannten Aversionsgründe zumindest tendenziell bestehen, gibt es andererseits für die meisten Gesprächspartner eine Art «Solidarität der Nationalisten». So werden die Türken gelobt, weil sie sich nicht assimilieren wollen, und Beihilfen der öffentlichen Hand für den Aufbau von Koranschulen und Kulturzentren werden begrüßt.

So gibt es offenkundig Kontakte zwischen deutschen Rechtsextremisten und den türkischen «Grauen Wölfen». Ähnliche Kontakte wurden auch zum italienischen MSI (Neofaschisten) gesucht.

Antisemitismus ist zumindest latent in allen rechtsextremen Gruppen feststellbar. Am offensten beklagen Angehörige der NPD und Militante, daß die Juden heute wieder einen zu großen Einfluß auf Wirtschaft und Politik ausüben. Dabei wird zum Teil die in rechtsextremen Publikationen gängige Meinung geäußert, gegen den einzelnen Juden habe man nichts einzuwenden, wohl aber gegen das «Weltjudentum» als organisierte Macht.

Rechtsextreme Einstellungen schließen fast immer rassistische Vorurteile ein: Vielfach wird dabei auf die Erkenntnisse der Vererbungslehre zurückgegriffen und Rassenunterschiede als genetisch begründete charakterliche Einstellungen bezeichnet. Nach den Ludendorffern ermöglicht zwar die Rassenvielfalt eine Mannigfaltigkeit kulturellen Erlebens, es daher gottgewollt und gut, dennoch sind bei ihnen ein besonderer Stolz auf die eigene Rasse und Ressentiments gegen Andersrassische – vor allem gegen Neger – unverkennbar. Auch von Jungen Nationaldemokraten wird zwar darauf hingewiesen, daß die von ihnen konstatierten Rassenunterschiede wertfrei seien («Neger sind musikalischer»), doch belegen andere Äußerungen deutliche Aversionen. Aus dieser Perspektive werden auch darwinistische Theoreme auf die menschliche Gesellschaft übertragen: Die Stärkeren setzen sich durch.

Mit großer Sorge wird die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt beobachtet und Entwicklungshilfe langfristig für uns sogar als gefährlich betrachtet.

Wenn Entwicklungshilfe befürwortet wird, dann punktuell und unter humanitären Gesichtspunkten. Grundsätzlich sollte nach Ansicht von NPD- und JN-Mitgliedern die deutsche Interessenlage im Vordergrund stehen und politische Wohlverhaltensklauseln eingebaut werden.

«Law and Order» und Militarismus

Die Anwendung von mehr Härte, Disziplin und Ordnung gilt Rechtsextremen als gesellschaftliches Allheilmittel. Generell wird der Abbau von sozialen Rechten («Übersozialisierung» wird als eine der Ursachen für die gegenwärtige gesellschaftliche Krisensituation betrachtet) und die Übernahme von mehr Pflichten propagiert.

Heftig kritisiert wird von Militanten und JN-Mitgliedern die allgemeine Verweichlichung in der Gesellschaft. Für NPD-Anhänger ist die heutige Jugend «verdorben, bevor sie denken kann». Entsprechend wird verlangt, in der Schule müßten Disziplin und Gehorsam weit mehr gefördert werden, als es jetzt der Fall sei.

Auch in der Kindererziehung sei mehr Strenge erforderlich. Ein rechtsextremer Jugendlicher vergleicht den Erziehungsprozeß eines Kindes mit dem eines jungen Hundes, der durch Schläge lernen müsse, wie weit er gehen dürfe. «Auch Prügel tut not, aber nur im Rahmen.»

Eine Ausnahme bilden hier die Ludendorffer, die Härte und Disziplin als unmenschlich ablehnen. Überzeugen sei nicht durch Gewalt möglich, sondern nur durch Argumente, was eine gewisse Bildung voraussetze.

Im Bereich von Rechtsprechung und Strafvollzug wird ein Ende der Liberalisierung gefordert («Gefängnisse sind keine Altersheime») und nachdrücklich für die Einführung der To-

desstrafe plädiert, insbesondere für Verbrechen wie Mord an Kindern, Sexualverbrechen oder Landes- und Hochverrat.

NPD-Anhänger vertreten in diesem Zusammenhang die Ansicht, Gesetze aus der NS-Zeit hätten ruhig übernommen werden können, Vor allem solche, die ein «härteres Durchgreifen» ermöglichen würden. Eine wesentliche Verschärfung der Rechts- und Strafprozeßordnung fordern die Anhänger der Mun-Sekte, für die Recht und Ordnung die entscheidenden Staatsprinzipien bilden.

Ein drastisches Vorgehen der Polizei fordern fast alle Gesprächspartner beim Thema «Terrorismus». Wenden sich NPD-Angehörige noch gegen aufwendige Prozeßverfahren («hier gehören eiserne Besen her», Todesstrafe und KZ, «etwas anderes hilft da nicht»), so verlangen Punker, daß man mit «diesen brutalen Typen» gleich «kurzen Prozeß macht»: «Das geht nicht anders, als daß du die umbringst, weil die sonst nicht aufhören.» Schnellprozesse und die Todesstrafe für Terroristen fordern auch die Mitglieder der Mun-Sekte, da bei Gefängnisaufenthalten der Terroristen die Gefahr einer Befreiung gegeben sei.

Gemeinsam ist den Gesprächspartnern auch die Forderung nach einem rigiden Vorgehen gegen Kommunisten, außenpolitisch durch eine Einstellung der Entspannungspolitik und einen Konfrontationskurs gegenüber dem Ostblock, innenpolitisch zumindest durch eine Verschärfung des Kampfes gegen Kommunisten, in erster Linie gegen kommunistische Lehrer.

Besondere Bedeutung hat der Kampf gegen die Kommunisten für die jugendlichen Anhänger rechtsextremer Sekten. Als ersten Schritt wünschen sie einen Regierungswechsel in Bonn, der das Ende der (kommunismusverdächtigen) SPD bedeuten würde. Sie propagieren eine massiv antikommunistische Staatsgewalt, die schärfstens gegen Kommunisten vorgehen und auch vor illegalen Tötungen nicht zurückschrecken solle. Eine «Endlösung» der Kommunistenfrage sei freilich nur durch den dritten Weltkrieg möglich, den sie für unvermeidlich halten und den sie begrüßen würden.

Eine ähnlich «radikale» Veränderung der Staatsform halten die Militanten für erforderlich, um die gegenwärtigen Zustände zu überwinden. Fordern NPD-Anhänger noch eine Ausweitung der exekutiven Befugnisse der Polizei bzw. eine «starke Regierung» oder einen «starken Mann» an der Spitze, so glauben die Militanten, daß in der derzeitigen Staatsform, mit dem gegenwärtigen Führungspersonal oder bei dessen Austausch nach Wahlen sich nichts wirklich Grundlegendes verändern lasse. Dies sei nur möglich im «autoritären, nationalen Staat». Denn die «Geschichte zeigt eindeutig», daß man «einige radikale Mittel anwenden muß», wenn man «eine gute Sache erreichen will».

Entsprechend der fast durchgängig festzustellenden positiven Grundeinstellung zu Härte und Disziplin werden die Existenz einer Armee und die allgemeine Wehrpflicht von allen Gesprächspartnern ausgesprochen positiv beurteilt. Dies gilt auch für die Angehörigen von Öko-Gruppen, für die «Schutztruppen» zur Existenzerhaltung der Lebensgemeinschaft notwendig sind.

Der gegenwärtige Zustand der Bundeswehr («Gammelhaufen»), die häufig auch als «Wehrmacht» bezeichnet wird, wird allgemein bedauert. Zurückgeführt wird er auf die geringe Achtung vor soldatischen Tugenden in der Gesellschaft allgemein sowie auf Versuche zur Demokratisierung der Bundeswehr («Staatsbürger in Uniform», «innere Führung»), die besonders von NPD-Anhängern und Militanten scharf abgelehnt werden.

Herber Kritik wird vielfach das Recht auf Kriegsdienstverweigerung («Kuckucksei der Verfassung») unterzogen. Für Mun-Anhänger gelten Kriegsdienstverweigerer als «Drückeberger und Kommunisten», die «auch andere davon abhalten, für ihr Vaterland was zu tun». Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung räumen Angehörige von Öko-Gruppen nur im Falle eines drohenden Krieges zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein, da der Gedanke, gegen die «eigene Rasse» in den Krieg zu ziehen, unerträglich sei. In den übrigen Fällen ist Kriegsdienstverweigerung für Angehörige von Öko-Gruppen ein Symptom von Eigennutz, wie es nur in der Demokratie entstehen kann. Werde Kriegsdienstverweigerung schon zugelassen, solle ein Arbeits- oder Jugenddienst eingeführt werden.

Für fast alle Gesprächspartner symbolisiert der Dienst in der Armee nicht nur die Bereitschaft, sein Leben für «Volk und

Vaterland» einzusetzen, sondern zugleich auch die Verwirklichung eines Männlichkeitsideals. Der einzelne muß wehrfähig sein, «auf Zack». Vielfach wird ein großes Interesse für Waffen und Kampfsportarten bekundet. Uniformen üben eine starke Anziehungskraft aus.

Für die Befragten der älteren Generation hatte das Kriegserlebnis prägende Wirkung. Im nachhinein werden die eigenen Erfahrungen verklärt, die Kriegsjahre als die «schönste Zeit meines Lebens» bezeichnet. Die Sehnsucht nach «Kameradschaft» drückt sich auch in den Vorstellungen einiger Jugendlicher (Punker, Rocker) aus, wenn sie über ihre künftige Zugehörigkeit zur Bundeswehr sprechen.

Zur Staats- und Gesellschaftsordnung Nachkriegsdeutschlands

Das sozio-politische System der Bundesrepublik und ihre politische Führungsschicht wird mit unterschiedlicher Intensität – bis hin zu blankem Haß – abgelehnt. Dem politischen System der Bundesrepublik wird als «Geburtsfehler» vorgeworfen, es sei ein Oktroi der Alliierten, die führenden Politiker seien «Marionetten der Sieger» und das Grundgesetz von der Bevölkerung bis heute nicht durch Referendum gebilligt.

Bei zentralen Bewertungspunkten lassen sich zwischen einzelnen Erhebungsbereichen allerdings signifikante Unterschiede ausmachen. Von den Öko-Gruppen (z. B. von den Ludendorffern) wird Demokratie in normalen Zeiten als geeignete Staatsform bezeichnet, da sie auf Grund der Gewaltenteilung nur geringe Möglichkeiten zum Machtmißbrauch biete und ein Diktator zu viele positive Kräfte im Volk vernachlässige. In Krisenzeiten allerdings wird eine Diktatur akzeptiert. Generell herrscht hier eine elitäre Interpretation der Demokratie vor: Führen müssen die richtigen Männer mit den richtigen Gedanken und den entsprechenden Fähigkeiten.

Bei NPD-Anhängern und Militanten finden sich dagegen mehrfach scharfe Ablehnungen demokratischer Prinzipien bzw. der Demokratie überhaupt.

Demokratie ist ein «falscher Denkansatz» (ein Militanter). Diktatur müsse «bloß gut sein», dann sei nichts dagegen einzuwenden.

Bei vielen klingt unverhohlen durch, daß sie das Führerprinzip der Demokratie vorziehen. Selbst dort, wo der Führerstaat als historisch widerlegt gilt, wie bei Angehörigen von Öko-Gruppen, wird auf die naturgegebene Ungleichheit der Menschen verwiesen und auf die Existenz von Führernaturen auf der einen Seite und auf das Bedürfnis, geführt zu werden, auf der anderen Seite. In den Worten eines Punkers: «Das ist irgendwie im Menschen drin, so wie bei den Schafen, daß es einen gibt, der sagt, wie's läuft.»

Als ideologische Stütze dient in diesem Zusammenhang der Hinweis auf die «Hackordnung» des Tierreichs. In der Version von Sektenanhängern heißt das: Das Führerprinzip ist gottgewollt, da es im Tierreich als natürliches Prinzip gilt und der Führer in der Kirche als Gottgesandter zu betrachten ist.

Auf Effizienzkriterien verweisen vor allem Militante. Rigorose Führer seien erforderlich, «weil sich die Leute immer mit ihren Schwächen rausreden wollen» und weil ein Führer «nicht immer Rücksicht nehmen (muß) auf kleinliche Beschwerden».

Zum Führer berufen ist nur, wie mehrfach betont wird, wer auch gelernt hat, sich unterzuordnen. Weitere Eigenschaften des «idealen Führers» sind Durchsetzungsvermögen, Kompetenz, taktisches Geschick, Unbestechlichkeit, Volksverbundenheit, Selbstlosigkeit und Glaubwürdigkeit.

Staatsbürgerliche Freiheiten und ein begrenzter Pluralismus werden von etlichen Befragten in gewissem Umfang taktisch akzeptiert, da sie die Grundlage für das Wirken ihrer betreffenden Gruppe darstellen. Dieser formale Toleranzanspruch wird allerdings nicht auf linksextreme Gruppen ausgedehnt.

NPD und JN, die verbal nachdrücklich für die staatsbürgerlichen Freiheiten des Grundgesetzes eintreten, weisen auf die Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit hin, da durch Verbote zahlreicher Veranstaltungen (Kundgebungen, Demonstrationen etc.) gerade ihre Organisationen betroffen seien.

Die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift wird von den meisten Rechtsextremen abgelehnt: «80 % der Journalisten gehören sofort eingesperrt.» Auch aus der Aversion gegenüber Intellektuellen wird kaum ein Hehl gemacht.

Das Parlament wird als «unfähiger Debattierklub» bezeichnet, als dessen hervorstechende Merkmale Ineffizienz und mangelnde Entscheidungsfreudigkeit gelten. Parteien und Gewerkschaften werden als schädliche Interessengruppen angesehen, die nur ihren Eigennutz, nicht aber das Gemeinwohl im Sinn haben und das Volk nur «auseinanderdividieren».

Durch Parlamentsdebatten werden nicht Probleme geklärt, sondern die fundamentalen Prinzipien des Staates aufgeweicht. Außerdem betrachten die Parteien und ihre Funktionäre den Staat nur als «Selbstbedienungsladen».

Diese Entfremdung drückt sich auch in heftiger Kritik an exponierten Politikern («Gesinnungslumpen», «Regierungslumpen» etc.) aus: «Unsere Politiker sind nicht vertrauenswürdig, weil jeder seine Sekretärin auf dem Schoß hat. Die vertreten nur ihren Eigennutz und ihre Hurerei . . .»

Als «Gesellschaft mit Vorbildcharakter» wird von fast allen rechtsextremen Gruppen das Dritte Reich genannt, wobei unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund gerückt werden. Während sich ein Militanter pauschal mit dem Dritten Reich identifiziert («das waren Taten, die man heute noch bewundern kann»), hebt ein Punker, für den die eigene Arbeitslosigkeit das politische Weltbild determiniert, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit hervor. Als vorbildlich gelten weiter die vermittelten Ideale (in der Waffen-SS: Härte, Kameradschaft, Treue) und die Jugenderziehung und Wehrertüchtigung.

Für eine schärfere Ausländergesetzgebung gilt die Schweiz als beispielhaft, Frankreich auf Grund der dort bestehenden Todesstrafe, und Chile, weil es den Marxismus beseitigt hat. Entsprechend ihrer speziellen antikommunistischen Zielsetzung betrachten Anhänger der Mun-Sekte (deren Gründer aus Südkorea stammt) auf Grund des Kampfes gegen Kommunisten im Innern und nach außen sowie wegen des starken Willens zur Wiedervereinigung Süd-Korea als Vorbild und wünschen sich ein «einiges großes Deutschland» wie unter Bismarck.

Die Mehrheit des Volkes ist nach Auffassung der Rechtsextremisten weder fähig noch willens, selbst Regierungsaufgaben zu übernehmen, ja nicht einmal in der Lage, politische Zusammenhänge zu erkennen. Dies ist demnach nur einzelnen Persönlichkeiten möglich, die auf ihre Aufgabe entsprechend intensiv vorbereitet werden müßten. Solche «selten gewordenen Persönlichkeiten» leiten den Staat uneigennützig, nur am Gemeinwohl orientiert. Sie sind jedoch von den heute in der Staatsführung vorherrschenden «Managertypen» verdrängt worden, die primär auf persönlichen Nutzen bedacht (daher eine angebliche Häufung von Korruptionsfällen), in der Wählerschaft nicht das «Volk», sondern die für die nächste Wahl zu gewinnende «Massengesellschaft» sehen.

Selbst die sonst so verketzerten Staaten des Ostblocks werden für die effektive Art der Rekrutierung ihres Führungspersonals gelobt, weil so die Regierung einstimmige Zustimmung zu ihren Beschlüssen erlangen kann und damit «sachgerechte Lösungen» möglich werden («Die Bauernschaft» Nr. 4/1977).

Den heutigen Gewerkschaften wird – abgesehen von ihrer «zersetzenden Tätigkeit» – unter anderem vorgeworfen, das Vermögen der «Deutschen Arbeitsfront» zu mißbrauchen, das ihnen nach Kriegsende von den Alliierten übergeben worden sei und das jetzt das «Fettpolster des DGB» bilde.

Die Neigung der Rechtsextremisten, sich an Argumente der aktuellen öffentlichen Diskussion anzulehnen, sobald sich Anknüpfungspunkte bieten, kommt auch in folgendem Beispiel zum Ausdruck: Rechtsextremisten behaupten, die gegenwärtige Dekadenz und Auflösung der Gesellschaft manifestiere sich unter anderem auch in einem *Zerfallsprozeß der deutschen Sprache*, die das wichtigste kulturelle Gut des deutschen Volkes darstelle.

Das Geschichtsbild

War der Rechtsextremismus in der deutschen Gesellschaft nach 1945 völlig diskreditiert und mußten seine Anhänger in den ersten Jahren nach Kriegsende entsprechend vorsichtig agitieren, so war schon seit Anfang der fünfziger Jahre zu beobachten, daß mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft deren Gedankenwelt zumindest in Teilen wieder unbefangener propagiert wurde.

Die Grundthemen rechtsextremer Publikationen haben sich seither zwar kaum verändert, die «Emanzipation» der äußersten

Rechten ist inzwischen jedoch so weit fortgeschritten, daß der Nationalsozialismus und insbesondere die Person Adolf Hitlers zum Teil offen verherrlicht und als Vorbilder propagiert werden.

Wie Marx-, Lenin- oder Mao-Zitate bei den Linken, finden sich heute in den Publikationen der Rechtsextremen Zitate von Hitler, Goebbels und anderen Nazigrößen. Die «Hitler-Welle» Mitte der siebziger Jahre hat wahrscheinlich ein Tabu gebrochen. Hitler wird im rechtsextremen Schrifttum heute wieder ungeniert als «positiver Held» vorgestellt und gefeiert.[1]

Vorbildcharakter kommt dabei der NS-Staats- und Gesellschaftsordnung zu. In vielen Interviews (NPD, JN, Wiking-Jugend, Militante) werden ähnliche Institutionen wie Reichs-Arbeitsdienst, Hitlerjugend, Wehrmacht etc. als auch für unsere heutige Gesellschaft wünschenswert bezeichnet, wobei in dieser Hinsicht selbst die sonst kategorisch abgelehnten kommunistischen Staaten (UdSSR, DDR) als beispielhaft bezeichnet werden.

Teilweise nostalgisch verklärt wird die – von vielen zumindest so wahrgenommene – massive Unterstützung des Mittelstands und die Unterbindung gesellschaftlichen Konfliktaustrags (das von mehreren Gesprächspartnern begrüßte «Zusammenführen von Arm und Reich»), die einem bei den meisten Rechtsextremen feststellbaren Streben nach Harmonie und einer Scheu vor Konflikten entgegenkommen. Die so wahrgenommene «Volksgemeinschaft» ohne Gruppenegoismus förderte ein heute vermißtes Gefühl der Geborgenheit und Solidaritätsbereitschaft. Kaum ein Gesprächspartner unterläßt es – neben dem Hinweis auf die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich – zu erwähnen, daß im damaligen Staat Zucht und Ordnung herrschten und der Zustand der Gesellschaft insgesamt weit besser war als heute.

Außenpolitisch wird dem Dritten Reich und in besonderem Maße der Person Hitlers hoch angerechnet, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen durchgesetzt wurde. Hitler wird von den meisten Befragten als «großer Staatsmann» und bedeutende Persönlichkeit gewürdigt.

1 Vgl. z. B. «Adolf Hitler begeistert auch heute». In: Der Aufmarsch, Reichsorgan der Faschistischen Front, Nr. 5/1976.

Die Judenverfolgungen werden von den meisten offen gebilligt.

Einige Punker glauben, «das Problem hätte sich auch durch Deportation lösen lassen». In anderen Fällen (Teile von NPD, JN und Rockern) wird die Judenverfolgung grundsätzlich ebenfalls gerechtfertigt, ihr Ausmaß aber als «übertrieben» hingestellt. Im Extremfall wird das Stereotyp von der «Vergasungslüge» übernommen.

Bei der Schuldfrage für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zeigt sich ein analoges Bild. Eine Alleinschuld Deutschlands wird – auch von den Rechts-Konservativen – grundsätzlich bestritten. Der Zweite Weltkrieg habe seine Wurzel im «Versailler Diktat», so daß die Siegermächte des Ersten Weltkriegs wenn nicht die Hauptschuld, so doch eine erhebliche Mitschuld treffe.

Die Militanten und Teile von NPD, JN und WJ sind überzeugt von der «Kriegsschuldlüge». Hitler habe keineswegs einen Krieg oder gar Weltkrieg gewollt. Dieser sei durch die Westmächte (durch ihre «Einmischung in den deutsch-polnischen Konflikt») und den mit dem Westen zusammenarbeitenden deutschen Widerstand verursacht worden.

Daß Hitler scheiterte und der Zweite Weltkrieg verlorenging, wird weniger auf Fehler der Nationalsozialisten als auf Sabotage von innen (Widerstand durch Kreise der Wehrmacht) zurückgeführt.

Zum Nationalsozialismus im allgemeinen und zu Fragen, die mit dem zweiten Weltkrieg zusammenhängen im besonderen ist bei Rockern, Punkern und Sekten-Mitgliedern ein fast vollständiger Mangel an Kenntnissen festzustellen. Die spärlichen, meist entstellten Informationen über diese Zeit stammen entweder von den Eltern bzw. Großeltern («früher war alles besser») oder – in den Interviews mehrfach erwähnt – aus Landser-Heften.

Für die Rechtsextremen aller Schattierungen bedeutet das Jahr 1945 einen Kontinuitätsbruch, dessen Konsequenzen auf den verschiedensten Ebenen vehement abgelehnt werden.

Die «Umerziehung» gilt als die Wurzel allen Übels.

Deutschland wurde geteilt bzw. «ausverkauft», ist heute praktisch ein besetztes Land. Alle Rechtsextremen verweisen

darauf, daß die Bundesrepublik auch nach dem Grundgesetz nur als Provisorium zu verstehen ist. Besonders von NPD- und JN-Mitgliedern wird darauf hingewiesen, daß die Spaltung Deutschlands nicht nur von den Siegermächten zu verantworten sei, sondern auch von den verschiedenen Bundesregierungen, angefangen von Adenauers erstem Kabinett 1949.

Während die Bundesregierung und die «staatstragenden» Parteien immer mehr versucht hätten, die Bundesrepublik mit Deutschland gleichzusetzen, wird von allen rechtsextremen Gruppen die «Wieder-» bzw. «Neu»-Vereinigung Deutschlands mit an die Spitze der politischen Forderungen gestellt. Welchen territorialen Umfang das wieder-/neuvereinigte Deutschland haben soll, bleibt in den meisten Fällen offen. Während die Rechts-Konservativen sich auf eine Vereinigung von Bundesrepublik und DDR als Ziel beschränken (diesem allerdings keineswegs absolute Priorität beimessen), liegt der geringste von Rechtsextremisten genannte territoriale Umfang des künftigen Deutschland bei den Grenzen von 1937. Angehörige der JN sprechen offen von einer «großdeutschen» Frage. Im Extremfall würde Deutschland neben den Oder-Neiße-Gebieten auch Österreich (mit Südtirol), das Sudetenland, Westpreußen mit Danzig, Elsaß-Lothringen, Luxemburg sowie die deutschsprachigen Gebiete in der Schweiz, Belgien und Dänemark umfassen. In anderer Umschreibung: Deutschland ist «das Land aller Deutschen, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt» (JN-Mitglied).

Als ähnlich gravierend wie die Teilung Deutschlands werden die Folgen der Umerziehung beurteilt. Die Deutschen wurden ihrem eigenen Wesen und ihrer Geschichte entfremdet. Die deutsche Geschichte, vor allem die Zeit von 1933 bis 1945, wird durch die «Siegermächte» bzw. die «Kommunisten» (deutsch-polnische Schulbuch-Kommission) völlig entstellt. Tradition als wichtige Quelle für Gegenwart und Zukunft geht verloren, die Deutschen sind geschichtlich entwurzelt.

Ihnen wurde von den Siegermächten mit Hilfe ihrer deutschen «Marionetten» und der Propaganda in Schule und Massenmedien ein politisches und vor allem ein kulturelles System aufoktroyiert, das ihrem Wesen fremd ist. Der bei den Rechtsextremen durchweg festzustellende Anti-Amerikanismus wird

in diesem Zusammenhang besonders emotionsgeladen artikuliert:

«Coca-Cola-Imperialismus, Beat-Subkultur, Drogenkultur, Discowelle, University-, Hollywood- und Jeanswelle» sind für uns «wesensfremd». «Da wird eine standardisierte amerikanische Koloniegesellschaft herangezüchtet, ein Abklatsch von den Amerikanern.»

Diese Vorstellungen erstrecken sich auch auf den Bereich der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Mit «amerikanischen Zuständen» wird ein dichotomes Gesellschaftsmodell aus «Arm» und «Reich» verglichen, in dem «die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden». Solche Befüchtungen werden von der NPD nahestehenden, in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdeten Angehörigen des Mittelstands geäußert, die in der sich anbahnenden Gesellschaft nach US-amerikanischem Muster keine ökonomische und soziale Überlebenschance mehr sehen.

Krisenwahrnehmung: Materialismus und sittliche Dekadenz

Alle Gesprächspartner konstatieren bei der Beurteilung der innergesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik mehr oder weniger ausgeprägte Krisensymptome, die sich aber nur zum Teil im wirtschaftlichen Bereich manifestieren. Als weit gravierender wird eine tiefgreifende Sinnkrise angesehen.

Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Probleme ist gruppen- und alterspezifisch verschieden und stark bedingt durch persönliche Betroffenheit. So sehen die – überwiegend zur älteren Generation zählenden – NPD-Anhänger, die selbständig sind, durch die wirtschaftliche Entwicklung primär ihren sozio-ökonomischen Status bedroht, während JN-Mitglieder ebenso wie andere Jugendliche (Punker, Rocker) die Jugendarbeitslosigkeit als wichtigsten sie betreffenden Mißstand betrachten.

Der Ruin mittelständischer Betriebe und die Zerstörung des Mittelstands überhaupt wird bei der Aufzählung der einzelnen Krisenphänomene (Energiekrise, Rohstoffverknappung, Wachstumskrise) als besondere Gefahr bezeichnet.

Als Hauptursache für die Sinnkrise wird auf der Wertebene

der Materialismus angesehen. «Der Wohlstand ist das Verderben für das Volk.» Hinzu treten «Liberalismus und Kommunismus», «die Totengräber Deutschlands». Die Erosion traditioneller Werte bringen vor allem Angehörige von JN und NPD in Zusammenhang mit der «Umerziehung» nach dem Zweiten Weltkrieg.

Beklagt wird von fast allen die einseitige Ausrichtung auf materielle Werte und der Mangel an Idealen, so daß die Deutschen zu «einem Volk von Konsumenten» (JN-Mitglied) degeneriert seien, die sich kaum mit geistigen Problemen auseinandersetzten und daher auch kaum in der Lage seien, den wahren Zustand des deutschen Volkes zu erkennen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen.

Am ausführlichsten beschreiben die Angehörigen der Öko-Gruppen, vor allem die Ludendorffer, die aus dem rein materiellen Streben resultierenden negativen Konsequenzen. Es werde ein neues Bewußtsein geschaffen, in dem Wohlstands- und Luxusdenken, Verschwendung und Überfluß dominierende Werte seien. Dies führe zu überhöhten Anforderungen, zu Entwurzelung, Verlust der naturgegebenen Werte und zur Verleugnung deutscher Traditionen. Die Folge seien die allmähliche Auflösung der Familie, eine Orientierungslosigkeit der Jugend, die Verweigerung gesellschaftlicher Verpflichtungen zugunsten egoistischen, materiellen Luststrebens, Arbeits- und Leistungsunwilligkeit und ein Zerfall der öffentlichen Moral.

Der Zusammenhang zwischen wachsendem materiellem Wohlstand und sittlichen Auflösungserscheinungen wird von Befragten aus allen Erhebungsbereichen gesehen. Teilweise wird die Beweisführung sogar mit historischen Beispielen untermauert bis hin zum Untergang des römischen Reiches.

Als eines der Hauptsymptome für die zunehmende Dekadenz in unserer Gesellschaft gilt die auf den Materialismus zurückgeführte Kinderfeindlichkeit und der damit verbundene Bevölkerungsrückgang. Scharf verurteilt wird daher die Liberalisierung des § 218. Eine Abtreibung sollte nach Meinung eines NPD-Anhängers allenfalls erlaubt werden «bei Vergewaltigung durch einen Neger oder so». Für manchen Sekten-Anhänger besteht der Sinn des Lebens ohnehin vor allem im «Kinderkriegen», so daß sie die Ergebnisse der Entwicklung in den letzten Jahren nur als «Satansfrüchte» bezeichnen können.

Mit großem emotionalem Engagement wird jegliche Liberalisierung der Sexualmoral abgelehnt, wobei fast immer die gleichen Themen angesprochen werden: Sex- und Pornowelle, Sexual-Unterricht, Verbreitung der Anti-Baby-Pille, Zusammenleben Unverheirateter, öffentliche Verteidigung von Homosexualität.

Radikal andere Ansichten vertreten hier allerdings Rocker und Punker.

Weitere Kennzeichen für die allmählich zu einer «Katastrophe» führende sittliche Dekadenz unserer Gesellschaft sind neben einem rücksichtslosen Egoismus und einem Mangel an vertrauensvollem Zusammenleben die aus der Haltlosigkeit der Jugend erwachsenden Probleme: Alkoholismus, Drogenkonsum, Kriminalität.

Politisch verantwortlich für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände ist das nach 1945 etablierte System, das eine «Konsumgesellschaft» ohne Ideale mit sich gebracht hat.

Weit verbreitet sind besonders in diesem Zusammenhang antiamerikanische Ressentiments, die zum Teil von Kritik am Kapitalismus bzw. «US-Imperialismus» begleitet werden. «Die Amerikaner haben uns den Augiasstall gebracht» und die Deutschen systematisch ihrer eigenen Kultur entfremdet.

Personengruppen, denen für die Verfestigung der heutigen Zustände besondere Verantwortung zugeschrieben wird, sind neben den Parteien (bei NPD- und JN-Mitgliedern natürlich abgesehen von der NPD) und Gewerkschaften auch Lehrer und Studenten, die Politiker mit falschen Zielvorstellungen und Journalisten, gegen die sich heftige Emotionen richten. «Das Volk wird von diesen Schreiberlingen systematisch vergiftet, Sex und Kritik bestimmen das Bewußtsein der Öffentlichkeit.» Bei den Politikern gelten Brandt, Wehner und Bahr als Symbolfiguren dafür, wie weit die Kommunisten die Bundesrepublik bereits haben zersetzen können.

Ökologische Sehnsüchte

In jüngster Zeit mehren sich die Berichte über Verbindungen rechtsextremer Gruppen zur Ökologie-Szene. Tatsächlich mö-

gen in erster Linie opportunistische oder wahltaktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben, wenn etwa die «Grüne Liste Umweltschutz» in Rheinland-Pfalz auf Veranlassung der NPD gegründet wurde. Auf Grund unseres Materials ergeben sich jedoch auch inhaltliche Beziehungen, die eine Verbindung zwischen Rechtsextremen und bestimmten Öko-Gruppen plausibel erscheinen lassen.

Faßt man den Bereich «Ökologie» etwas breiter als nur die physische Umwelt betreffend, die es vor Zerstörung zu schützen gilt, und bezieht man politische, ethische, kulturelle und andere Wertvorstellungen mit ein, so wird rasch deutlich, daß aus der Sicht der Rechtsextremen eine viel umfassendere, meist nostalgisch verklärte «Umwelt» bedroht ist, die es zu bewahren bzw. wiederherzustellen gilt.

Die ökologische Argumentation setzt zunächst an der physischen Umweltverschmutzung an und mündet dann in eine generelle Zivilisationskritik. Mit anderen Worten: Man spricht beispielsweise von den gesundheitsgefährdenden Folgen der Chemisierung, der Anwendung von Insektengift etc., sucht dann die Brücke zu nichtmateriellen Ökologie-Bereichen, etwa in einer idealisierenden Sicht der Funktion des Bauern («Kultur ist ein gärtnerischer Vorgang, ist Teilhabe am Wachsenden»), um schließlich beim Vorbild des alten Cato zu enden, «der morgens seinen Acker bestellt und nach Feierabend Weltpolitik macht».

Es verwundert kaum, wenn ein solches in sich stimmiges Weltbild, in dem der Beruf sowie politische und kulturelle Werte vollendet harmonieren, als Ideal betrachtet wird, an dem gegenwärtige Zustände gemessen werden. Und es liegt nahe, daß zumindest unterschwellig die negativen Folgen der technischen Entwicklung auch ein negatives Bild der Auswirkungen des sozialen Wandels in anderen Bereichen begünstigen: Zersetzung der überkommenen Werte, Entwurzelung des einzelnen aus seinen angestammten Bindungen, die eine «pluralistische Gesellschaft» nicht kompensieren könne. Auch die Konfliktfeindlichkeit, die der Aversion gegen Parteien und Gewerkschaften häufig zugrunde liegt, dürfte in der Sehnsucht nach der «heilen Welt» eine wichtige Wurzel haben. Das ganze Spektrum, das ein so verstandener Ökologie-Begriff umfassen

kann, zeigt ein Flugblatt der «Deutsch-Völkischen-Gemeinschaft»: Vom Kampf gegen Umweltverschmutzung über die Ablehnung von Ehen mit Ausländern und das Verbot von Abtreibungen bis zum Postulat, unsere Bauern zu fördern.

Ein bevorzugtes Thema aller Öko-Gruppen ist die Kritik am weiteren Ausbau von Kernkraftwerken. Von rechtsextremen Gruppierungen wird dabei mit drei Hauptargumenten operiert:

Ein forcierter Einsatz der Atomenergie bringt unabsehbare Gefahren für die Volksgesundheit mit sich.

Regierung und «Atomindustrie» informieren falsch, Forschungsergebnisse werden verheimlicht etc. Offenbar spielen dabei auch Befürchtungen eine Rolle, durch Strahlungsschäden könnten Erbschäden, Manipulationen des «Rasseerbguts» eintreten.

Die Bundesrepublik läßt sich danach auch militärisch nicht mehr verteidigen. «Volltreffer auf Atomkraftwerke» machen eine Verteidigung illusorisch. Die Bundesrepublik wird damit erpreßbar durch Feinde von außen und im Innern (zum Beispiel Terroristen). Zusammen mit dem ungelösten Entsorgungsproblem stellt sich für Rechtsextreme die Frage, ob sich die Bundesregierung bewußt (also nicht nur fahrlässig) über die Interessen des «Deutschen Volkes» hinwegsetze. Mit dem Hinweis auf die Gefährdung der im Grundgesetz garantierten körperlichen Unversehrtheit wird unter Berufung auf Art. 20 GG sogar zum Widerstand gegen die Regierung aufgerufen.

Allerdings wird die Anwendung der Kernenergie auch in rechtsextremen Kreisen nicht einhellig verurteilt. Die *Deutsche Nationalzeitung* plädiert «aus energiepolitischer Notwendigkeit» für einen Ausbau der Kernkraftwerke, freilich bei «noch mehr Vorsicht» und «noch mehr Sicherheitsmaßnahmen» (*Nationalzeitung*, 13. 4. 1979).

An positiv formulierten Zielsetzungen wird von rechten Öko-Gruppen eine Förderung des Völkischen, Bodenständigen, der natürlichen Lebensformen propagiert. Im Mittelpunkt steht dabei eine Wiedergesundung der deutschen Familie und des deutschen Bauerntums.

Durch eine Rückkehr zu traditionellen wirtschaftlichen Strukturen, zu auf Autarkie angelegten mittelständischen Be-

trieben, soll wieder eine «echte Gemeinschaft» im Volk und eine größere Bürgernähe von Staat und Verwaltung erreicht werden. In gemäßigter Form heißt das: Die Veränderungen werden auf evolutionärem Wege angestrebt. Ziel ist ein Wachstum ohne den Einsatz von Kernenergie, aber auch ohne Maschinenstürmerei.

Die Haltung zur gesamten Öko-Bewegung ist bei den rechten Öko-Gruppen höchst ambivalent. Das sich ausbreitende ökologische Bewußtsein wird zwar begrüßt, selbst fühlt man sich aber weniger als Teil der Öko-Bewegung denn als Teil der nationalistischen Bewegung, die schon immer ökologische Lösungen vertreten habe.

Für JN-Mitglieder bietet die Öko-Bewegung dagegen trotz «linker Unterwanderung» ein «aufgeschlossenes Potential für volkshaftes Denken», zum Beispiel bei den badisch-elsässischen Protestaktionen gegen Kernkraftwerke am Oberrhein. Mehrere Gesprächspartner sehen Ansatzpunkte für punktuelle gemeinsame Interessen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit linken Öko-Gruppen und betrachten den Umweltschutz-Bereich grundsätzlich als zukunftsträchtiges Aktionsgebiet für JN und NPD.

4. Die Konstruktion der «Rechtsextremen Einstellungsskala» (RES) und der «Protestpotentialskala Rechtsextremismus» (PPSR)

Die inhaltsanalytische Auswertung des gesammelten semantischen Materials erlaubt eine umfassende Klassifikation des rechtsextremen Einstellungsraums.

Insgesamt 27 thematische Bereiche lassen sich danach abgrenzen:

- Nationalismus
- Heimatbewußtsein
- Historische Entfremdung nach 1945
- Besatzungsstatus Deutschlands bis heute
- Akzeptanz des Nationalsozialismus
- Unzufriedenheit mit der Bundesrepublik
- Unzufriedenheit mit der politischen Führung
- Rechtsextreme Ursachen- und Lösungsmodelle
- sittliche Dekadenz in der Bundesrepublik
- rechtes Elite-, Avantgardebewußtsein

- Antipluralismus/Harmonismus
- Akzeptanz einer Diktatur
- Antikapitalismus
- Mittelstandsideologie
- Führerprinzip
- regressive Ökoleitbilder
- Antimaterialismus
- Militarismus
- Ethnozentrismus
- Rassismus
- Law-and-Order-Orientierung
- Aberglaube/paranoide Tendenzen
- autoritäre Aggression
- Machismus
- Projektivität
- Geborgenheits- und Identifikationswünsche
- traditionelle Rollenteilung

Zu allen Bereichen wurden Statements[1] formuliert. An den Originalzitaten wurde dabei möglichst wenig verändert, da die Untersuchung es sich ja zum Ziel gesetzt hatte, Einstellungsskalen zu entwickeln, die nicht – wie in den meisten Untersuchungen vorher – aus mehr oder weniger theoretisch abgeleiteten Statements bestanden, sondern sich gleichsam im «Originalton»[2] darstellten.

63

Pretest

Trotz der streng an den Alltagserfahrungen orientierten Statementgewinnung stand die Untersuchung vor der Frage, ob die Statements tatsächlich rechtsextremes Denken repräsentieren. Um dies zu überprüfen, wurde der Rohentwurf der Skala in einem Pretest einer Stichprobe von 200 Personen in Einzelinterviews vorgegeben. Die Pretest-Stichprobe bestand aus einer angenähert bevölkerungsrepräsentativen Teilgruppe von 150 Personen und aus 50 dem rechtsextremen bzw. rechtsextremismusverdächtigen Lager zugehörigen Personen.

Durch den Vergleich der Zustimmungs- bzw. Ablehnungswerte der Pretest-Gruppe «Bevölkerungsdurchschnitt» mit denen der 50 Rechtsextremen und Rechtsextremismusverdächtigen konnten jene Statements ermittelt werden, auf denen sich die beiden Gruppen deutlich voneinander unterschieden. Damit konnte einem Einwand begegnet werden, der sich vor allem gegen die Adornosche Skalentradition richtet: Er besagt, daß dort lediglich diffuse autoritäre Dispositionen gemessen wurden, hinter denen ein rechtsextremes Weltbild stehen konnte, jedoch nicht notwendigerweise stehen mußte, wie zum Beispiel Jaerisch 1975 nachwies.[3]

Durch dieses Pretest-Verfahren konnten unter Zuhilfenahme der üblichen mathematisch-statistischen Verfahren jene Statements für die Konstruktion der Skalen herangezogen werden, die der rechtsextremen Vorstellungswelt in besonderem Maße entsprachen und daher auch eine scharfe Abgrenzung der rechtsextremistischen Teilgruppe von der Kontrollgruppe ermöglichten.

1 Das sind Aussagen, die den Befragten bei demoskopischen Erhebungen vorgegeben werden. Der Befragte nimmt dazu ablehnend oder zustimmend Stellung.

2 Der Jargon der Rechtsextremisten hat auch seine Entsprechung auf der linken Seite des politischen Spektrums. Dies bestätigt eine Untersuchung, die SINUS zum Thema «Universitäre Öffentlichkeit und Ursachen des Terrorismus» 1979 im Auftrag des Bundeskanzleramtes durchgeführt hat.

3 Jaerisch, U. 1975: Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik politischer Psychologie, Frankfurt/M., Köln.

Statements mit geringer Trennschärfe wurden ausgeschieden, da sie offensichtlich nicht *spezifisch* rechtsextreme Einstellungen widergaben. Auf jene Themenbereiche, in denen es starke Überlappungen zwischen Rechtsextremen und Bevölkerungsdurchschnitt bereits im Pretest gab, werden wir in Kapitel III zurückkommen.

Mit dieser Statement-Auswahl stand ein gültiges, empirisch abgeleitetes und mehrfach überprüftes Instrument zur Verfügung, das für eine Repräsentativerhebung jedoch immer noch viel zu umfangreich war. Daher wurden diese Statements einer Faktorenanalyse unterzogen. Die Faktorenanalyse ist ein mathematisch außerordentlich kompliziertes Verfahren, das thematisch «ähnliche» Statements zu Gruppen ordnet. Dies erlaubte eine weitere Verringerung der Statement-Zahl, da es nunmehr nur noch darum ging, aus den von der Faktorenanalyse bestimmten Statement-Gruppen (Faktoren) die typischsten auszuwählen. Ohne erheblichen Informationsverlust ergab sich eine zufriedenstellende (Faktoren)lösung von fünf Statement-Gruppen.

Der typische Charakter der jeweiligen Gruppenstatements wurde für die Benennung der Faktoren herangezogen; sie «konzentrieren» die in Kapitel II, 3 dargestellten Inhalte des rechtsextremen Weltbildes auf fünf themenübergreifende Kategorien und geben gleichzeitig Aufschluß über die innere Logik dieser Inhalte. Gleichzeitig können sie als Hinweis auf die psychologische Struktur des rechtsextremen Weltbildes verstanden und interpretiert werden:

Faktor 1: Reaktionäres Menschenbild

- Man sollte die Jugendlichen härter anfassen, dann kämen sie erst gar nicht auf solche Gedanken wie Faulenzen und Rauschgift.
- Die meisten unserer gesellschaftlichen Probleme wären gelöst, wenn man die Asozialen, Drückeberger und Verbrecher loswerden könnte.
- Auch in der heutigen Zeit ist der Mann das natürliche Oberhaupt der Familie.
- Das Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft sollte ausgebaut werden (negative Polung).

- Homosexualität ist widernatürlich und sollte streng bestraft werden.
- Gäbe es bei uns wieder Arbeitslager, kämen Zucht und Ordnung von allein.
- Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Faktor 2: Bedrohung

- Die Bundesrepublik ist Prügelknabe und Zahlmeister für ganz Europa.
- Die nationalen Kräfte werden heute in der Bundesrepublik unterdrückt.
- Daß bei uns heute alles drunter und drüber geht, verdanken wir den Amerikanern.
- Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem schon bedrohlichen Ausmaß überfremdet.
- Gastarbeiter sind eine tödliche Bedrohung für unser Volk.
- Wenn es so weitergeht, steht unserem Volk schon bald eine ungeheure Katastrophe bevor.

Faktor 3: Harmoniestreben/Antipluralismus

- Künstler aller Kunstrichtungen müssen ohne Auflage ihre Arbeiten verbreiten können (negative Polung).
- Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt.
- Die Menschen in der Bundesrepublik sind der rein materiellen Triebsucht und dem ungezügelten Luststreben verfallen.
- Parteien und Gewerkschaften schaden dem Allgemeinwohl.
- Der heutige Staat ist kein Beschützer der Volksgemeinschaft mehr.

66

Faktor 4: Volk, Vaterland und Familie

- Vaterland (hoher Rang in der Wertehierarchie).
- Volk (hoher Rang in der Wertehierarchie).
- Man sollte sich endlich damit abfinden, daß es zwei deutsche Staaten gibt (negative Polung).
- Die Bonner Politiker betreiben den Ausverkauf der deutschen Interessen.
- Abtreibung sollte streng bestraft werden, weil wir in Deutschland dringend mehr Kinder brauchen.
- Wir sollten streng darauf achten, daß wir das Deutschtum rein erhalten und Völkermischung unterbinden.
- Nichts geht über die Geborgenheit im Schoße einer geordneten Familie.

Faktor 5: «Siegfried-Komplex»

- Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein.
- Die Bundesregierung tritt im Ausland viel zu bescheiden auf.
- Die Bundesregierung ist eine Marionettenregierung von Amerikas Gnaden.
- Unser Volk wird durch die linken Journalisten in Rundfunk und Fernsehen systematisch irregeführt.
- Nur die alte deutsche Lebensweise ist gesund und natürlich.
- Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute groß.

Leitfaktor ist das «reaktionäre Menschenbild». Es ist geprägt von einer offensichtlich tiefenpsychologisch begründeten haßerfüllten Ablehnung von Fremdgruppen. «Unanständige» Jugendliche, ausländische Arbeitnehmer, sexuelle Minderheiten, «Asoziale» etc. bilden jenen negativen, «verwerflichen» Pol, jene Gegengesellschaft, an der Rechtsextreme ihre angeschlagene Ich-Identität, ihre krankhafte Selbstüberhöhung abstützen.

Das reaktionäre Menschenbild, Haß und Abneigung gegen

67

alles Andersartige, kann als inhaltliches Rückgrat des rechtsextremen Weltbildes verstanden werden. Für sich allein erklärt dieser Faktor den Rechtsextremismus zwar nicht hinreichend, aber er ist ein notwendiger Bestandteil dessen, was wir als rechten «Einstellungsraum» bezeichnen.

Der Faktor *«Bedrohung»*: Er taucht als Bestandteil rechtsextremer Ideologien bereits in der klassischen Autoritarismusforschung Adornos und anderer auf. Heute konkretisiert er sich an aktuellen gesellschaftlichen Problemen der Bundesrepublik: Ausländische Mitbürger «bedrohen» in den Augen der Rechtsextremen den Bestand des deutschen Volkes, die «Rasse» und damit die eigene Identität. Die in diesem Zusammenhang geäußerten Zerstörungs- und Vernichtungsabsichten werden als notwendige Verteidigung dargestellt (psychologische Vorstudie).

Auch der Faktor *«Harmoniestreben/Antipluralismus»* ist eine aus der Forschung bekannte Komponente. Hier spiegelt sich die Unzufriedenheit der Rechtsextremen mit der gegenwärtigen politischen Verfassung der Bundesrepublik und die Neigung zum Führerstaat wider. Die Gegensätzlichkeit dieses Faktors zu den Werten des Grundgesetzes könnte kaum deutlicher sein. Seine Bedeutung belegt auch die Brüchigkeit verbaler Zustimmung nationaldemokratischer «Vorfeld»-Organisationen (NPD, Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes etc.) zum Grundgesetz.

Faktor 4 repräsentiert ein Einstellungssyndrom in der Schnittfläche zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus. Die pathologisch überzogene Wertschätzung von *«Volk, Vaterland, Familie und Heimat»* reflektiert dabei in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung offensichtlich subjektiv unerfüllbare Harmonie- und Geborgenheitssehnsüchte.

Interessant ist hierbei die Denkachse von der Familie bis zur Volksgemeinschaft (Volk, Vaterland). Dies belegt die Vermutung, daß der Wert «Vaterland» nicht nur politisch-ideologisch bedeutsam ist, sondern auch eine spezifische Rolle in der Psychopathologie des Rechtsextremismus als Konkretisierung unerfüllter individueller Sehnsüchte spielt, gleichsam der kollektive Ersatz fehlender Ich-Identität, das Starkwerden des

Schwachen durch Auflösung der Individualität im Kollektiv.[1]

Faktor 5, den wir *«Siegfried-Komplex»* genannt haben, bündelt Statements, die sich am ehesten durch das Szenario vom aufrechten deutschen Recken, der von tückischen, listigen, intelligenten Feinden umlauert ist, beschreiben lassen. Hier gehen Angst, Nationalismus, Männlichkeitswahn und Fremdenhaß ihre typisch rechtsextreme Mischung ein. Interessant ist, daß die Feindbilder des Nationalsozialismus (linke Journalisten, linke Intelligenz, Freimaurer, Juden, das Ausland) ungebrochene negative Symbolkraft für die Rechtsextremen besitzen.

Die fünf Faktoren bildeten die Ausgangsbasis für die Zusammenstellung des endgültigen Meßinstruments, der «Rechtsextremen Einstellungsskala» (RES). Sie besteht aus insgesamt 23 Statements und erhebt den Anspruch, die wesentlichen Inhalte rechtsextremen Denkens messen zu können.

Sie ist damit, wie bereits dargestellt, eine gültige rechtsextreme Einstellungsskala, die «biotisch» auf lebensweltlich ermittelten rechtsextremen Denkinhalten aufbaut.

Die «Rechtsextreme Einstellungsskala» (RES)[2] wurde aus folgenden Statements gebildet:

- Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- Die nationalen Kräfte werden heute in der Bundesrepublik unterdrückt.
- Daß bei uns heute alles drunter und drüber geht, verdanken wir den Amerikanern.
- Wenn es so weitergeht, steht unserem Volk schon bald eine ungeheure Katastrophe bevor.
- Das Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft sollte ausgebaut werden (negative Polung).

1 Zu ähnlichen Befunden war bereits in den vierziger Jahren eine psychoanalytisch angelegte Untersuchung der US-Military-Intelligence von Nationalsozialisten in deutschen Kriegsgefangenenlagern gelangt (vgl. Dicks, Henry V.: Personality Traits and Nationalsocialist Ideology. In: Human Relations 3/1950, S. 11–154).

2 In die Skala wurden jene Statements aus den fünf Faktoren aufgenommen, die die höchsten Ladungszahlen aufwiesen, das heißt den Faktor, auf dem sie laden, inhaltlich am prägnantesten beschrieben.

- Der heutige Staat ist kein Beschützer der Volksgemeinschaft mehr.
- Abtreibung sollte streng bestraft werden, weil wir in Deutschland dringend mehr Kinder brauchen.
- Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Volk von Anfang an geschadet (negative Polung).
- Parteien und Gewerkschaften schaden dem Allgemeinwohl.
- Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt.
- Man sollte sich endlich damit abfinden, daß es zwei deutsche Staaten gibt (negative Polung).
- Die Bonner Politiker betreiben den Ausverkauf der deutschen Interessen.
- Wir sollten streng darauf achten, daß wir das Deutschtum rein erhalten und Völkermischung unterbinden.
- Die Bundesregierung ist eine Marionettenregierung von Amerikas Gnaden.
- Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute groß.
- Was uns fehlt, ist wieder eine echte Volksgemeinschaft, also weder Kommunismus noch Kapitalismus.
- Unser Volk wird durch die linken Journalisten in Rundfunk und Fernsehen systematisch irregeführt.
- Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß reinerhalten werden.
- Der Verrat des deutschen Widerstands war schuld an unserer militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg.
- Es ist richtig, daß man den Kriegsdienst verweigern kann (negative Polung).
- Wenn man vom Krieg absieht, hatte es Deutschland unter Hitler eigentlich besser als heute.
- Gäbe es bei uns wieder Arbeitslager, kämen Zucht und Ordnung von allein.
- Homosexualität ist widernatürlich und sollte streng bestraft werden.[1]

1 Die Zustimmungs- bzw. Ablehnungswerte aus der Repräsentativerhebung sind auf den Seiten 79–81 tabellarisch dargestellt.

Bedingungen für die Konstruktion dieser Skala waren:

1. Berücksichtigung aller Faktoren und Bereiche des rechtsextremen Einstellungsraumes.
2. Höchstmögliche Trennschärfe der Items
3. Hohe Sensibilität gegenüber identifizierten Rechtsextremen aus dem Bereich des organisierten rechtsextremen Feldes.

Die «Protestpotentialskala Rechtsextremismus» (PPSR)

Politisches Protestpotential wurde in der Bundesrepublik bisher mit der aus dem angelsächsischen Raum übernommenen Protestpotentialskala PPS von Marsh gemessen. Die PPS besteht aus zehn «unkonventionellen» politischen Verhaltensweisen (z. B. «Blockieren des Verkehrs mit einer Demonstration», «Beschädigung fremden Eigentums», «Beteiligung an einem wilden Streik» etc.). Da sie am Modell jugendlich-studentischen Protestes entwickelt worden war, schien sie zur Messung rechtsextremer Protestbereitschaft und Gewaltakzeptanz wenig geeignet. Dies war durch einen Meßversuch im Pretest bestätigt worden. Rechtsextreme erreichten auf der PPS kaum höhere Werte als «durchschnittliche» Bundesbürger.

Um diesem Mangel abzuhelfen, wurde für das Projekt «Rechtsextreme politische Einstellungen» eine rechtsspezifische Protestpotentialskala entwickelt. Ausgangspunkt für diese Skala waren nicht abstrakte, «unkonventionelle» politische Aktivitäten, sondern konkrete, politisch inhaltlich definierte Handlungen, wie sie von rechtsextremen bis rechtsterroristischen Gruppierungen bekannt waren,[1] oder von den befragten Angehörigen rechtsextremer Organisationen berichtet worden waren. Die im Pretest zunächst aus elf Statements bestehende PPSR wurde auf der Basis ihrer Pretest-Trennschärfe-Werte bereinigt und für die Repräsentativerhebung auf acht Statements reduziert. Wie die PPS, so besitzt auch die PPSR den Charakter einer Guttman-Skala. Dies bedeutet, vereinfacht ausgedrückt, daß die Statements eine «natürliche

2 Zum Beispiel: Vor einem linksgerichteten Buchladen in Hannover war am 7. Juli 1976 eine Bombe deponiert worden, die jedoch nicht zündete; am 25. Februar 1978 hatten Rechtsextremisten einen Biwak holländischer Soldaten in Niedersachsen überfallen etc.

Ordnung» in dem Sinne haben, daß das erste Statement gleichsam am einfachsten zu beantworten ist, das letzte am schwierigsten. «Am einfachsten beantwortbar» bedeutet, daß noch relativ sehr viele Befragte zustimmen können, die Handlung also noch «relativ» akzeptabel ist, während das letzte Statement nur noch von ganz wenigen, offensichtlich sehr extrem denkenden Befragten akzeptiert wird. So ist es für viele Wähler in der Bundesrepublik durchaus noch akzeptabel, am 17. Juni eine Kundgebung an der Grenze zur DDR abzuhalten, für fast alle jedoch völlig unmöglich, «linke Buchläden auszuräuchern».

Die «Protestpotentialskala Rechtsextremismus» (PPSR)[1]:

- Kundgebung zum «Tag der deutschen Einheit» (17. Juni) an der Grenze zur DDR.
- Gemeinsamer Protest mit Gleichgesinnten gegen die deutschfeindlichen KZ-Berichte.
- Gezielte Störung einer eindeutig kommunistisch gelenkten Kundgebung.
- Öffentliches Verbrennen pornographischen und bolschewistischen Schrifttums.
- Unschädlichmachen von DDR-Befestigungen an Mauer und Transitwegen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.
- Demonstratives Herunterholen der DDR-Fahne, zum Beispiel bei internationalen Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik.
- Ausräuchern linker Buchläden zusammen mit entschlossenen Kameraden.
- Gezielte Aktionen gegen Einrichtungen und Personal der alliierten Besatzungsmächte.

Es hatte sich bereits im Pretest gezeigt, daß «Handlungsanweisungen», gefaßt in rechtsextremer Gewaltterminologie, von der rechtsextremen Zielgruppe in weit höherem Maße akzeptiert werden als von der durchschnittlichen Wahlbevölkerung. Auf allen Statements erzielten die Rechtsextremen weit überdurchschnittliche Werte. Dies belegt zum einen die hohe Gewaltakzeptanz im rechtsextremen Spektrum, zum anderen die Unmöglichkeit mit «ideologie-neutralen» Statements, Gewaltakzeptanz oder gar Gewaltbereitschaft messen zu wollen.

Die Ergebnisse der Repräsentativerhebung bestätigen diese Annahme.

1 Die Zustimmungs- und Ablehnungswerte aus der Repräsentativerhebung sind auf Seite 86 tabellarisch dargestellt.

5. Die Skala «Regressive Öko-Leitbilder» (SRÖL)

Wie in Kapitel II dargestellt, konnte durch die Untersuchung im organisierten Rechtsextremismus eine spezifisch rechtsgewirkte Öko-Ideologie nachgewiesen werden, die die bekannte «Blut- und Boden»-Romantik des Nationalsozialismus mit modernem Umweltschutz-Impetus verbindet. Um diesen Einstellungsbereich in der Repräsentativerhebung meßbar zu machen, wurden vier zentrale Statements formuliert, wiederum, wie bereits bei RES und PPSR, streng an der «semantischen Wirklichkeit» orientiert:

Die Skala «Regressive Öko-Leitbilder» (SRÖL):

- Unsere Volkswirtschaft muß wieder zu kleinen und überschaubaren Familienbetrieben zurückkehren.
- Es ist für die Volksgesundheit und das Volksganze besser, wenn degeneriertes Leben beseitigt wird.
- Grundlage für ein natürliches und gesundes Leben ist ein bodenständiges Bauerntum.
- Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß reinerhalten werden.[1]

Mit ihrer Hilfe sollte die Stärke des «ökologisch ausgerichteten» rechtsextremen Potentials in der Wahlbevölkerung ermittelt werden.

Die Ergebnisse der Voruntersuchung ließen erwarten, daß die rechte Öko-Ideologie nur ein peripheres Phänomen rechtsextremen Denkens darstellt. Aus forschungsökonomischen Gründen (Belastbarkeit der Befragten bei der Breitenerhebung) erschien es daher vertretbar, die Zahl spezifischer Statements auf vier zu begrenzen.

1 Die Zustimmungs- bzw. Ablehnungswerte sind auf Seite 97 tabellarisch dargestellt.

III. Zur Messung von autoritären Tendenzen bei politisch nicht extremistischen Bevölkerungsschichten: die «Autoritäre Einstellungsskala» (AES)

Als zweite wesentliche Aufgabe – neben der Identifizierung und Beschreibung des rechtsextremen Einstellungspotentials in der Wahlbevölkerung – hatte sich die Untersuchung zum Ziel gesetzt, Einstellungsbereiche aufzuspüren, in denen rechtsextreme Propaganda mit Aussicht auf Erfolg operieren könnte. Es galt somit, nach «Meinungsbrücken» zwischen Rechtsextremismus und «Bevölkerungsdurchschnitt» zu suchen. Dafür boten sich jene Statements an, die im rechtsextremen Feld gesammelt worden waren und dennoch im Pretest von der Vergleichsgruppe «Bevölkerungsdurchschnitt» in nahezu ebenso hohem Ausmaß akzeptiert wurden, wie von den Rechtsextremen selbst. Hinzu kamen Statements aus der Forschungsliteratur, die zur Messung autoritärer Dispositionen entwickelt worden waren.

Auf diese Weise entstand die «Autoritäre Einstellungsskala» (AES).[1] Sie spiegelt die Ausstrahlung rechtsextremer Sehnsüchte, Ängste und Überzeugungen in die Bevölkerung hinein wider, ohne einen konsistent rechtsextremen Charakter aufzuweisen. Dies läßt sich damit belegen, daß der Bevölkerungsdurchschnitt auf der «Rechtsextremen Einstellungsskala» (RES) und auf der «Protestpotentialskala Rechtsextremismus» (PPSR) eine völlig andere Antwortstruktur aufweist, als auf

1 Die besondere Funktion dieser Skala – sie dient nicht dazu, Einstellungsstrukturen voneinander abzugrenzen, sondern Identitäten nachzuweisen – bereitet methodische Probleme, die nach Auffassung des Instituts noch nicht endgültig gelöst sind. Die Skala ist daher als wissenschaftlicher Versuch zu betrachten.

der AES-Skala. Es ist anzunehmen, daß die AES-Skala damit die gesuchte «Brücke» zwischen Rechtsextremismus und anderen Teilen der Wahlbevölkerung darstellt. Auf die inhaltliche Struktur werden wir im nächsten Kapitel IV, 4 eingehen.

Die «Autoritäre Einstellungsskala» (AES):

- Die Deutschen haben eine Reihe von guten Eigenschaften wie Fleiß, Pflichtbewußtsein und Treue, die andere Völker nicht haben.
- Ich finde, der Mittelstand – also Kaufleute, Handwerker und Bauern – sollte in unserem Staat die tragende Säule sein.
- Durch die Atomstrahlung werden unsere Erbanlagen und damit die Gesundheit der künftigen Generation gefährdet.
- Durch den zunehmenden Luxus in unserer Gesellschaft werden die Menschen körperlich und geistig verseucht.
- Der Wohlstandsegoismus zerstört das natürliche Empfinden für unsere Volksgemeinschaft.
- Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.
- Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll.
- Ob ich mich zur Politik äußere oder nicht, ändert doch nicht viel an den Tatsachen.[1]

1 Zustimmungs- bzw. Ablehnungswerte aus der Repräsentativerhebung sind auf Seite 96 tabellarisch dargestellt.

76



Macht unsre Bücher billiger!…

… forderte Tucholsky einst, 1932, in einem «Avis an meinen Verleger». Die Forderung ist inzwischen eingelöst.

Man spart viel Geld beim Kauf von Taschenbüchern. Und wird das Eingesparte gut gespart, dann zahlt die Bank oder Sparkasse den weiteren Bucherwerb: Für die Jahreszinsen eines einzigen 100-Mark-Pfandbriefs kann man sich zwei Taschenbücher kaufen.

Pfandbrief und Kommunalobligation

Meistgekaufte deutsche Wertpapiere - hoher Zinsertrag - schon ab 100 DM bei allen Banken und Sparkassen

Verbriefte Sicherheit

IV. Umfang und Merkmale des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

1. Der Anteil des rechtsextremen Potentials an der Wahlbevölkerung

Die aus dem Pretest hervorgegangene endgültige «Rechtsextreme Einstellungsskala» (RES) wurde – ebenso wie die anderen Skalen – einem repräsentativen Querschnitt der deutschen Wahlbevölkerung ab 18 Jahren (ohne West-Berlin) vorgegeben.

Die Datenerhebung in dieser Phase wurde vom Münchner INFRATEST-Institut besorgt. Die Befragung fand im Rahmen der Mehrthemen-Untersuchungsreihe INFRATEST SOZIALDATEN statt. Die RES wurde in vier Befragungswellen eingeschaltet. In der Zeit vom 17. 10. 1979 bis zum 25. 2. 1980 wurden insgesamt 6968 Interviews durchgeführt.

Dieser Untersuchungsschritt führte zu einer zahlenmäßigen Bestimmung sowie einer sozio-demographischen Beschreibung des rechtsextremen Potentials in der Bundesrepublik. Dazu wurde ein von SINUS entwickeltes spezielles Analyseverfahren eingesetzt, mit dem – unter Rückgriff auf die Antwortmuster der rechtsextremen Teilgruppe des Pretests – die Rechtsextremen aus dem Repräsentativ-Sample herausgefiltert werden konnten. Die in der Vorstudie festgestellte innere Heterogenität des rechtsextremen Feldes wurde dabei berücksichtigt.

Eine differenzierte Beschreibung des Potentials setzte eine angemessene Repräsentation der Zielgruppe in der Untersuchungsstichprobe voraus. Aus dieser Überlegung ergab sich ein Stichprobenumfang von 7000 bis 8000 Fällen. Zur genauen Abgrenzung des rechtsextremen Potentials war im Pretest ein «kritischer Wert» ermittelt worden.

Wer – vereinfacht dargestellt – im Durchschnitt der gesamten RES-Skala einen Wert über 2,5 (niedrigstmöglicher Wert 1,

höchstmöglicher 4) erreicht hatte, wurde als «rechtsextrem» im Sinne der Skalendefinition bezeichnet.[1] Mit diesem Verfahren war es im Pretest gelungen, aus dem gesamten Pretest-Sample 90% der identifizierten Rechtsextremen herauszufiltern. *Die Bewährung im Pretest beweist, daß die RES-Skala mit der erforderlichen Zuverlässigkeit den Anteil an rechtsextrem Denkenden in der Wahlbevölkerung bestimmt.*

Nach dem oben festgesetzten Kriterium zählen rund 13% der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential, das heißt, 13% aller Wähler in der Bundesrepublik verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

Um es noch einmal zu betonen: Dieses mittels der RES-Skala identifizierte rechtsextreme Potential von 13% ist kein «autoritäres» Potential im Sinne herkömmlicher Rechtsextremismusforschung. Es handelt sich vielmehr um Personen, deren politisch-ideologische Wahrnehmung und Wertorientierung von rechtsextremen Grundauffassungen geprägt ist. Die Bezeichnung «Einstellungspotential» kennzeichnet diesen Sachverhalt. Im übernächsten Abschnitt dieses Kapitels werden die sozialstrukturellen Merkmale und regionale Verteilung dieses Potentials beschrieben.

1 Vier Kontroll-Items gingen infolge ihrer negativen Polung mit dem Wert (5 – x) in die Berechnung ein.

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGSSKALA (RES)-1:
ERGEBNISSE DER REPRÄSENTATIVBEFRAGUNG IN PROZENT DER WAHLBEVÖLKERUNG *)

Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.		Das Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft sollte ausgebaut werden. **)	
- Völlig richtig	4	- Völlig richtig	19
- Teilweise richtig	10	- Teilweise richtig	42
- Eher falsch	16	- Eher falsch	22
- Völlig falsch	63	- Völlig falsch	9
- Keine Angabe	7	- Keine Angabe	8
Die nationalen Kräfte werden heute in der Bundesrepublik unterdrückt.		Der heutige Staat ist kein Beschützer der Volksgemeinschaft mehr.	
- Völlig richtig	6	- Völlig richtig	7
- Teilweise richtig	23	- Teilweise richtig	28
- Eher falsch	37	- Eher falsch	35
- Völlig falsch	24	- Völlig falsch	22
- Keine Angabe	11	- Keine Angabe	8
Daß bei uns heute alles drunter und drüber geht, verdanken wir den Amerikanern.		Abtreibung sollte streng bestraft werden, weil wir in Deutschland dringend mehr Kinder brauchen.	
- Völlig richtig	4	- Völlig richtig	12
- Teilweise richtig	18	- Teilweise richtig	22
- Eher falsch	31	- Eher falsch	26
- Völlig falsch	40	- Völlig falsch	34
- Keine Angabe	8	- Keine Angabe	6
Wenn es so weitergeht, steht unserem Volk schon bald eine ungeheure Katastrophe bevor.		Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Volk von Anfang an geschadet. **)	
- Völlig richtig	7	- Völlig richtig	36
- Teilweise richtig	23	- Teilweise richtig	29
- Eher falsch	32	- Eher falsch	18
- Völlig falsch	31	- Völlig falsch	9
- Keine Angabe	8	- Keine Angabe	9

*) Grundgesamtheit N = 6.968
**) Negative Polung = Gegensinnig im Skalenzusammenhang

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGSSKALA (RES) 2:

ERGEBNISSE DER REPRASENTATIVBEFRAGUNG IN PROZENT DER WAHLBEVÖLKERUNG *)

Parteien und Gewerkschaften schaden dem Allgemeinwohl.		Wir sollten streng darauf achten, daß wir das Deutschtum rein erhalten und Völkermischung unterbinden.	
- Völlig richtig	3	- Völlig richtig	11
- Teilweise richtig	13	- Teilweise richtig	25
- Eher falsch	29	- Eher falsch	26
- Völlig falsch	49	- Völlig falsch	30
- Keine Angabe	6	- Keine Angabe	7
Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt.		Die Bundesregierung ist eine Marionettenregierung von Amerikas Gnaden.	
- Völlig richtig	11	- Völlig richtig	4
- Teilweise richtig	17	- Teilweise richtig	17
- Eher falsch	22	- Eher falsch	30
- Völlig falsch	45	- Völlig falsch	40
- Keine Angabe	6	- Keine Angabe	8
Man sollte sich endlich damit abfinden, daß es zwei deutsche Staaten gibt. **)		Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute noch groß.	
- Völlig richtig	19	- Völlig richtig	6
- Teilweise richtig	29	- Teilweise richtig	19
- Eher falsch	22	- Eher falsch	31
- Völlig falsch	25	- Völlig falsch	32
- Keine Angabe	6	- Keine Angabe	13
Die Bonner Politiker betreiben den Ausverkauf der deutschen Interessen.		Was uns fehlt, ist wieder eine echte Volksgemeinschaft, also weder Kommunismus noch Kapitalismus.	
- Völlig richtig	6	- Völlig richtig	19
- Teilweise richtig	22	- Teilweise richtig	34
- Eher falsch	34	- Eher falsch	20
- Völlig falsch	29	- Völlig falsch	17
- Keine Angabe	9	- Keine Angabe	10

*) Grundgesamtheit N = 6.960
**) Negative Polung = Gegensinnig im Skalenzusammenhang

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGSSKALA (RES) 3:

ERGEBNISSE DER REPRASENTATIVBEFRAGUNG IN PROZENT DER WAHLBEVÖLKERUNG *)

Unser Volk wird durch die linken Journalisten in Rundfunk und Fernsehen systematisch irregeführt.		Wenn man vom Krieg absieht, hatte es Deutschland unter Hitler eigentlich besser als heute.	
- Völlig richtig	10	- Völlig richtig	4
- Teilweise richtig	29	- Teilweise richtig	14
- Eher falsch	28	- Eher falsch	22
- Völlig falsch	23	- Völlig falsch	52
- Keine Angabe	9	- Keine Angabe	9
Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß rein erhalten werden.		Gäbe es bei uns wieder Arbeitslager, kämen Zucht und Ordnung von alleine.	
- Völlig richtig	12	- Völlig richtig	8
- Teilweise richtig	27	- Teilweise richtig	20
- Eher falsch	23	- Eher falsch	22
- Völlig falsch	31	- Völlig falsch	44
- Keine Angabe	8	- Keine Angabe	6
Der Verrat des deutschen Widerstandes war schuld an unserer militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg.		Homosexualität ist widernatürlich und sollte streng bestraft werden.	
- Völlig richtig	7	- Völlig richtig	14
- Teilweise richtig	16	- Teilweise richtig	22
- Eher falsch	22	- Eher falsch	28
- Völlig falsch	40	- Völlig falsch	28
- Keine Angabe	13	- Keine Angabe	8
Es ist richtig, daß man den Kriegsdienst verweigern kann. **)			
- Völlig richtig	35		
- Teilweise richtig	34		
- Eher falsch	15		
- Völlig falsch	11		
- Keine Angabe	6		

*) Grundgesamtheit N = 6.960
**) Negative Polung = Gegensinnig im Skalenzusammenhang